

DGAP

**Wege in die
Zukunft:
Perspektiven
für die
Außenpolitik**

Zum 90. Geburtstag
von Karl Kaiser

**Wege in die Zukunft:
Perspektiven für die Außenpolitik**

Zum 90. Geburtstag von Karl Kaiser

DGAP

Wege in die Zukunft: Perspektiven für die Außenpolitik

Zum 90. Geburtstag von Karl Kaiser



Herausgeber

DGAP – Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
www.dgap.org

ISBN 978-3-9816476-3-1

© Dezember 2024

Redaktion Jana Idris, Wiebke Ewering, Ina Georgieva**Art Direction & Design** Daniel Fallner**Illustration** Luise Rombach**Lektorat** Uta Kuhlmann**Druck** Umweltdruck Berlin**Bildnachweise** Zsófia Pölöske (S. 30, 61, 68, 75, 81), IMAGO/Jürgen Heinrich (S. 17), IMAGO/Future Image (S. 91), Fotos im Fototeil: privat; Cathryn Clüver Ashbrook und Karl Kaiser: Michael Gritzbach

Inhalt

Vorwort

Karl Kaiser und sein Erfolgsrezept 7

THOMAS KLEINE-BROCKHOFF

I. Reflexionen von Weggefährtinnen und Weggefährten

Sicherheit in Europa? Nicht ohne Amerika und Deutschland 12

CONSTANZE STELZENMÜLLER

Amerikas Rolle in der Welt 18

JOSEPH S. NYE, JR

Europa muss seine Rolle in der Welt neu definieren 24

DANIELA SCHWARZER

Multiperspektivität oder das entschiedene Sowohl als auch 32

THORSTEN BENNER

Deutsch-französische Freundschaft im Dienst der internationalen Beziehungen 40

THIERRY DE MONTBRIAL

II. Impulse aus der DGAP

Frankreich und Deutschland dürfen das Wesentliche nicht aus den Augen verlieren 48

JACOB ROSS

Das Ende der Illusionen? Deutschlands Wendepunkt in der Russland-Politik 54

STEFAN MEISTER

Vordenker der integrierten Sicherheit: Karl Kaisers Blick auf Klimafolgen 62

MECHTHILD BECKER & KIRA VINKE

Die wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung von TTIP bleibt ungebrochen 70

CLAUDIA SCHMUCKER

Deutschlands technologische Einflussosphäre im Wettbewerb der Großmächte 76

VALENTIN WEBER

III. Interview mit Karl Kaiser

»Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass nach der Zeitenwende noch eine Politikwende möglich ist.« 82

CATHRYN CLÜVER ASHBROOK

Karl Kaiser und sein Erfolgsrezept

Was würde der Patriarch wohl heute tun?

Wie würde Karl Kaiser wohl heute vorgehen? Wie würde er, wäre er noch im Amt des Direktors der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), jenem Amt, das er ganze 30 seiner nunmehr 90 Lebensjahre bekleidete, wie würde also Karl Kaiser die außenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit angehen? Etwa das Problem, eine langfristige Strategie gegenüber einem neo-imperialen Russland zu entwerfen? Oder die Herausforderung, den rechten Grad der Nähe zu einem zunehmend schwer berechenbaren Amerika, künftig unter Donald Trump, zu finden?

Über die Antwort muss man nicht lange spekulieren. Ganz klar: Kaiser würde eine Studiengruppe gründen. Er würde alle, die vom Thema etwas verstehen, um einen Tisch versammeln, ob aus Parlament, Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft, Publizistik und dem, was heute Zivilgesellschaft heißt. Er würde Augenhöhe herstellen. Und unbedingt Vertraulichkeit. Damit jene, die sich ansonsten in Parlament und Öffentlichkeit herzhafte streiten, nicht dabei ertappt werden, wie sie einander verstehen, oder doch zumindest um gemeinsame Lösungen ringen. Kaiser würde einen Raum schaffen, in dem gedankliche Um- und Neuorientierung möglich erscheint. Am Ende stände ein Memorandum, eine Denkschrift, manchmal vertraulich, meist öffentlich. Der Text würde nicht verharren bei der Analyse, sondern konkret und praktisch Handlungsanleitungen liefern; oder etwas pompöser formuliert: eine Strategie vorschlagen. Und die würde nicht zwischen zwei Buchdeckeln begraben oder in eine kaum auffindbare Website

versenkt, sondern persönlich hineingetragen in jene Büros und zu jenen Menschen, auf die es ankommt.

Es ist diese Methode Kaiser, die zur Methode DGAP wurde. So hat Karl Kaiser die DGAP mit jahrzehntelanger Kärnerarbeit am Werkstück der außenpolitischen Beratung zu dem gemacht, was sie in seiner Zeit wurde: eine der führenden außenpolitischen Denkfabriken. Selten hat eine einzelne Person eine Institution so nachhaltig geprägt.

Der Erfolg der Methode Kaiser ist untrennbar mit der Person Kaiser verbunden. Drei Wesenszüge stechen hervor: Karl Kaiser ist ein Menschenfänger im besten Sinne. Jeder kennt Kaiser, und Kaiser kennt jeden. Schüler, Kollegen, Freunde: Das Netzwerk ist riesig und am Ende auch ein Einfluss-Instrument. Seit Jahrzehnten ist Karl Kaiser eine Ein-Mann-Mentoring-Fabrik. An wie vielen Stellenbesetzungen mag er mitgewirkt haben, und manchmal im Stillen? Wie viele Organisationen, Kreise, informelle Clubs mag er gegründet haben? Nach wie vielen akademischen Vorträgen hat er ein gemeinsames Dinner mit den wichtigsten Zuhörern organisiert, weil ja bekanntlich Erkenntnis durch den Magen geht? Ja, Karl Kaiser mag CEO gewesen sein und Direktor, Professor bis heute, und doch er ist zuvörderst ein Mensch, der mit anderen Menschen kann.

Und dann ist Karl Kaiser auch noch Sozialdemokrat. Überzeugt und seit Jahrzehnten. Berater sozialdemokratischer Minister und Kanzler. Aber selten hat ein Parteimitglied zugleich seine Überparteilichkeit in der Führung einer Institution so sehr gelebt wie Karl Kaiser. Er sah in dem, was er manchmal amerikanisch „bipartisanship“ nannte, jenes eine überwältigend wichtige Prinzip, das es eisern zu verteidigen galt, wollte die DGAP erfolgreich sein.

Schließlich ist Karl Kaiser eine ungewöhnliche Spezies der Gattung Professor. Kein Bewohner eines Elfenbeinturms, sondern ein Praktiker mit theoretischer Bildung. Wissenschaft ist für ihn Methode, nicht Ziel. Das Ziel bleibt immer die Relevanz. Nur so

hat er zum Sinnbild der Politikberatung in Deutschland werden können. Als er 2003 sein Amt an der DGAP abgab und eine Professur an der Harvard-Universität annahm, da nannte man ihn bewundernd „Patriarchen“, auch „Fixpunkt im Kosmos der internationalen Beziehungen“.

Heute, gut 20 Jahre nach seinem Ausscheiden aus der DGAP, stellt sich die Frage, ob die Methode Kaiser weiterhin tauglich ist, auch für die heutige Zeit oder ob sie sich überlebt hat und gebunden bleibt an Ära und Person. Gewiss, der enorme Einfluss der Studiengruppen der frühen Jahre mag zu tun haben mit jener Bonner Republik, die regiert wurde aus einer Art Bundesdorf, deren Abläufe geprägt waren durch den Rhythmus der Schranken an der einen Bahnlinie, die Bonn zweiteilte. Alles war übersichtlicher, kleiner, winzig gar. Lobbyisten musste sich hier kaum jemand halten. Man kannte sich und hockte ohnedem zusammen, ob im Tennisclub oder beim Lieblingskneipier. Institutionenkonkurrenz war weitgehend unbekannt, es gab von allem eins. Und so fand die Deutschland AG, die Verflechtung von Wirtschaft und Banken, in der DGAP unter Kaisers Führung ihre außenpolitische Entsprechung.

Ist es also nicht nur unvermeidlich, sondern vielleicht sogar gut, dass es eine so machtvolle Plattform-Bildung wie unter Karl Kaiser in der Berliner Republik kaum mehr gibt?

Einspruch! Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus. Es ist gerade unsere Zeit, die eine Rückbesinnung auf die Methode Kaiser sinnvoll erscheinen lässt. Es ist die strategische Offenheit unserer Tage, die Desorientierung erzeugt, sogar Verwirrung stiftet, und die deshalb eine Lösungssuche am runden Tisch erfordert.

Seit Jahrzehnten polarisiert Außenpolitik nicht mehr so stark wie heute, wird über die Prinzipien von Deutschlands internationalen Beziehungen so herzhaft gestritten. Allzu leicht fühlen sich Gruppen ungehört, marginalisiert, ausgeschlossen. Dass sie machtvoll sind oder sein sollten, muss dem Gefühl der Exklusion nicht entgegenstehen. Hier kann ein Brückenschlag so hilfreich sein wie

ehedem. Heute würde „Multistakeholder-Taskforce“ heißen, was Karl Kaiser einst als Studiengruppe begründete. Und es würde wohl mehrere davon geben, schon weil Berlin kein Bundesdorf ist. Die Zahl der Spieler und Institutionen ist größer, aber die Tendenz zum Rückzug in immer kleinere Blasen aus Gleichgesinnten eben auch. Diese Blasen gilt es, platzen zu lassen.

Karl Kaiser, der 90 Jahre alt wird, hat der Republik und seiner Institution, die 70 Jahre alt wird, einen Werkzeugkasten hinterlassen, der sich adaptieren, modernisieren und für die Zukunft nutzbar machen lässt. In der Ära der „Zeitenwende“ ein ideales Erbe.


Zu seinem Geburtstag möchte die DGAP Karl Kaiser herzlich gratulieren – unter anderem in Form der vorliegenden Schrift. Wegbegleiter und Erben von beiden Seiten des Atlantiks ehren nicht nur sein Lebenswerk, sondern zeigen, dass er bereits früh große Themen der internationalen Politik erkannte – auch damals vielfach unterschätzte Herausforderungen, etwa die Macht der Digitalisierung oder die Gefahr der Erderwärmung.

Solche Themen greifen die Autorinnen und Autoren auf und blicken in die Zukunft. Ihre Beiträge handeln von Demokratie, Frieden und globaler Ordnung, von technologischen Einfluss-sphären, geopolitischer Souveränität und der globalen Sicherheitsbedrohung durch den Klimawandel.

Sie verweisen darauf, was Karl Kaisers Werk neben seiner Methode so einzigartig macht: seine außergewöhnliche Weitsicht.



Thomas Kleine-Brockhoff ist Direktor der DGAP. Er leitete viele Jahre das Berliner Büro des German Marshall Fund of the United States (GMF) und war politischer Berater des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck.



»Während sich die weltweite Rolle der Vereinigten Staaten in einer Phase der Reduktion befindet, durchläuft Deutschland nach der Vereinigung, als ein zögerlicher Spätankömmling, eine Phase der Expansion seiner Rolle, in der es versucht, die Bandbreite seiner neuen Verantwortung zu definieren.«

KARL KAISER, *Die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen in Europa nach dem Kalten Krieg*, 1992

Sicherheit in Europa? Nicht ohne Amerika und Deutschland

Amerika bleibt die „unverzichtbare Macht“ (*indispensable power*) in Europa, aber Amerika braucht auch Europa: Darin liegt die Grundlage für eine neue transatlantische Übereinkunft. Aber nur, wenn Deutschland wieder eine tragende Rolle spielt.

Manche Prophezeiungen treten gleich ein; andere zelebrieren einen etwas ausgedehnteren Spannungsbogen. Letzteres gilt auch für die Vorhersage des großen Amerika-Kenners Karl Kaiser, dass Amerika seine Rolle in der Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts reduzieren werde. Im Jahr 1992 war das kontraintuitiv, um nicht zu sagen *contrarian*: ein Einspruch gegen den etablierten Hoffnungskonsens. Denn nur drei Jahre zuvor hatte der liberale Historiker Francis Fukuyama das „Ende der Geschichte“¹ ausgerufen; im selben Jahr kündigte der konservative Kommentator Charles Krauthammer Amerikas „unipolaren Moment“² an. Tatsächlich gründete die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik der nächsten Jahrzehnte auf diesen beiden Annahmen: dass nach dem Fall der Mauer und dem Verschwinden von Warschauer Pakt und Sowjetunion auch der Rest der Welt sich dem Siegeszug der marktwirtschaftlichen Demokratie anschließen würde – und dass Amerika nun für alle Zukunft die einzige Supermacht auf dem Globus sein würde.

1 Francis Fukuyama, „The End of History?“ In: *The National Interest*, no. 16, 1989, S. 3–18.

2 Charles Krauthammer, „The Unipolar Moment“, In: *Foreign Affairs*, vol. 70, no. 1, 1989, S. 23–33.

Der *reality check* ließ nicht auf sich warten. Die Anschläge vom 11. September 2001, der Afghanistan-Einsatz, der Irakkrieg, die globale Finanzkrise, ein zunehmend aggressiv auftrumpfendes Russland und der raumgreifende Aufstieg Chinas führten zu einem außenpolitischen Paradigmenwechsel: In der Feststellung der Nationalen Sicherheitsstrategie der Regierung Biden von 2022, dass sich die USA in einem globalen strategischen Wettbewerb (*strategic competition*) um die Ausrichtung der internationalen Ordnung befinden, wird die Einsicht in die Unhaltbarkeit des Hegemonialstatus stillschweigend vollzogen.³ Umso größer wird dagegen die Bedeutung von demokratischen Verbündeten als Wertepartner und Kräfteverstärker Amerikas – erst recht in einer Welt, in der sich die autoritären Rivalen und Gegner der westlichen Demokratien zunehmend im Schulterschluss üben. Man könnte es idealistischen Realismus nennen.

Wie sorgfältig und klug Biden und seine Regierungsmannschaft Amerikas Bündnisse erneuert und erweitert haben, zeigte sich nach Russlands Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 in der engen Zusammenarbeit mit den Europäern (einschließlich der von der Vorgängerregierung verteufelten EU) und in der besonderen Umarmung Deutschlands. Gleichzeitig wurde vielen Europäern schlagartig bewusst, wie wenig sie ohne Amerika an ihrer Seite der russischen Aggression hätten entgegensetzen können. Nicht auszudenken, wie es ohne das gemeinsame Engagement heute um die Ukraine stünde.

Für Europa und Deutschland steht viel auf dem Spiel

Zwei Jahre später sind aber auch die Grenzen dieser neuen Rollenbestimmung deutlich sichtbar. Die Abkehr vom neoliberalen Freihandelskonsens ist transatlantisch weitgehend anschlussfähig; doch Washingtons Industrieprotektionismus und Exportkontrollen belasten die Allianz. Der Nahostkonflikt droht zu entgleisen; Russland ist von einer militärischen oder moralischen

3 National Security Strategy, The White House Washington, 12.10.2022, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

Niederlage weit entfernt; China entzieht sich der Einhegung. Die Auflösungserscheinungen der internationalen Ordnung sind offensichtlich.

Am 5. November hat sich Amerika unmissverständlich gegen eine Fortsetzung des Biden-Kurses mit der spät eingewechselten Kandidatin Kamala Harris entschieden – und für den diktatorenaffinen Wirtschaftsnationalismus von Donald Trump. Europa wird nun sehr viel mehr für die eigene Sicherheit tun müssen.

Es steht viel auf dem Spiel. Eine Nachbarschaft in Flammen, eine Welt in Unordnung, die Globalisierung unter Beschuss, eine unberechenbare Supermacht und autoritäre Großmächte, die nicht nur an den Rändern des Kontinents zündeln, sondern immer dreister in Europa und auch in seinen Mitgliedstaaten eingreifen: Da kommt es auf politischen Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit an.

Ohne ein starkes Deutschland kommt Europa nicht voran

Womit wir, wieder einmal, bei Deutschland wären. Denn auch wenn inzwischen zwei Drittel aller NATO-Staaten mehr als zwei Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Verteidigung ausgeben; auch wenn Polen, die Balten und die Nordeuropäer mit deutlich entschiedeneren Investitionen in die Wehrhaftigkeit Europas voranschreiten; und auch wenn Ursula von der Leyen mit ihrer „geopolitischen Kommission“ nun in die zweite Runde geht: Ohne ein starkes, solidarisches Deutschland kommt Europa nicht schnell genug voran.

Karl Kaisers zweite Prognose von 1992 indes – dass Deutschland als „zögerlicher Spätankömmling“ (Helmuth Plessners „verspätete Nation“ lässt grüßen) auf eine Phase der Rollenexpansion zustrebe, im Bemühen, die Bandbreite seiner neuen Verantwortung zu definieren – verschwindet wohl gerade wieder im Rückspiegel. Bekanntlich wurde Fukuyamas These vom Ende der Geschichte in den 1990ern nirgends dankbarer aufgegriffen als in Deutschland. Und sie wurde auf besondere Weise interpretiert: als Erlösung

von der eigenen Geschichte. Der „unipolare Moment“ Amerikas wurde bei uns verstanden als Einladung zur Abrüstung. Unter dem Motto „Kultur der Zurückhaltung“ hieß das unter anderem: Verkleinerung der Bundeswehr, Abwertung der Fächer Sicherheitspolitik und Osteuropakunde, Suspendierung der Wehrpflicht.

Dann aber trat doch so etwas wie ein deutscher Expansionsmoment ein. Die Berliner Republik, die ihre militärische Sicherheit an die USA, die Energiesicherheit an Russland und den Export- und Wachstumsmotor an China ausgelagert hatte und so einen massiven Zugewinn an Wohlstand, Sicherheit und internationalem Gewicht erlangt hatte, fand sich plötzlich in der Rolle des kontinentalen Hegemons wieder. 2014 versprachen der Bundespräsident, der Außenminister und die Verteidigungsministerin in abgestimmten Reden auf der Münchner Sicherheitskonferenz, Deutschland werde künftig mehr Verantwortung für Europas Sicherheit übernehmen.⁴

Zehn Jahre darauf ist – trotz Invasion der Ukraine und trotz Zeitenwende – das neue Selbstbewusstsein verflogen; stattdessen herrscht „Verstörung“, wie es der Journalist Jörg Lau beschreibt.⁵ Zu Recht. Denn sämtliche Grundkoordinaten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik werden durch die aktuellen Krisen und Kriege infrage gestellt, während rechts- und linksnationale Extremisten am Gebäude der repräsentativen Demokratie sägen. Gleichzeitig betreibt Russland in Europa, und vor allem in Deutschland, eine Desinformations- und Sabotagekampagne sondergleichen; eine zweite Front in einem Krieg, der nie nur der Ukraine galt. Die Antwort einer heillos zerstrittenen Ampelkoalition, die ausgerechnet am Tag nach der US-Wahl zerbrach? Deutsche Sonderwege und europäische Entsolidarisierung.

4 Münchner Sicherheitskonferenz 2014, Reden von (1) Joachim Gauck, Deutschlands Rolle in der Welt, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>; (2) Frank-Walter Steinmeier, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/140201-bm-muesiko/259554>; (3) Ursula von der Leyen, https://securityconference.org/assets/02_Dokumente/03_Materialien/MSC_2014_Rede_von_der_Leyen.pdf (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

5 Jörg Lau, „Deutschlands Außenpolitik: Wider die Verstörung“, in: *Internationale Politik* 5, September/Oktober 2024, S. 18-24.

Europa zu Amerikas „indispensable partner“ machen

Was also tun? In der Sicherheitspolitik gilt: Europa braucht auf absehbare Zeit den amerikanischen Verbündeten. Künftige US-Regierungen (ganz gleich welcher Ausrichtung) werden Europa als militärischen Bündnispartner aber nur noch ernst nehmen, wenn es noch viel mehr tut für die eigene Wehrhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit.


Im „nichtkinetischen“ Bereich des globalen strategischen Wettbewerbs wissen jedenfalls die Strategen der Demokraten, dass Europas Wirtschafts- und Normsetzungsmacht vor allem in der Auseinandersetzung mit China ein gewaltiger Kräfteverstärker ist. Und noch gibt es auch Republikaner wie Wess Mitchell (Europabeauftragter des State Department unter Präsident Trump), die Europa deswegen für einen unverzichtbaren Verbündeten halten.⁶

Bloß: Diese Rolle kann Europa nur dann einnehmen, wenn es mit einer Stimme spricht, und seine Werte und Interessen aktiv verteidigen kann. Hier liegt heute also Deutschlands neue Verantwortung: Europa stark machen, damit es Amerikas *indispensable partner* bleiben kann.



Constanze Stelzenmüller ist Direktorin des Center on the United States and Europe an der Brookings Institution in Washington, D.C., wo sie auch den ersten Fritz-Stern-Lehrstuhl für Deutschland und transatlantische Beziehungen innehat.

6 A. Wess Mitchell/Jakub Grygiel, „U.S. Strategy Should Be Europe First, Then Asia“, in: *Foreign Policy*, 6.9.2024, <https://foreignpolicy.com/2024/09/06/us-strategy-geopolitics-china-russia-europe-asia-threat/> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).



»Die bemerkenswerte und verschiedentlich hervorragende Leistung der USA als einer Führungsmacht in der Nachkriegszeit hat nicht nur der Sache der Demokratie, der Menschenrechte und des Wohlstands in den internationalen Beziehungen einen großen Dienst geleistet, sondern auch den amerikanischen Interessen genützt.«

KARL KAISER, *Die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen in Europa nach dem Kalten Krieg*, 1992

Amerikas Rolle in der Welt

In einer Welt, die reicher und risikoreicher wird, steht die US-Politik vor dem Machtwettbewerb mit China. Die USA bleiben eine innovative, resiliente Gesellschaft, die sich immer wieder neu erfindet. Selbst wenn sich der Fokus nach Asien verlagert, bleibt die transatlantische Allianz entscheidend für die globale Ordnung sowie für amerikanische und europäische Interessen. Solange Amerikas Soft Power nicht durch innere Veränderungen geschwächt wird, gibt es weiterhin Grund zur Hoffnung.

Karl Kaiser hat eine entscheidende Rolle als Brücke zwischen Europa und Amerika gespielt, indem er beiden Seiten ein besseres Verständnis für die jeweils andere vermittelt und dabei geholfen hat, unvermeidliche Spannungen zu überwinden. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges war es ihm ein Anliegen, dass beide Seiten erkennen, dass die USA weiterhin eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung einer liberalen internationalen Ordnung spielen. Doch seitdem haben wir den Irakkrieg, die Finanzkrise von 2008, den Aufstieg Chinas, die Rückkehr des russischen Revanchismus und den Aufstieg des populistischen Nationalismus auf beiden Seiten des Atlantiks erlebt. Manche mögen sich fragen, ob Kaisers Aussage heute noch gültig ist.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sagten einige eine Spaltung zwischen den USA und Europa voraus. In meinen jüngsten Memoiren, „A Life in the American Century“, beschreibe ich ein Treffen in Berlin im Jahr 2001, bei dem ein britischer Politiker argumentierte, dass der europäische Föderalismus „ein französisches Komplott sei, um eine Nation zu schaffen, die das amerikanische

Machtgleichgewicht ausbalanciert“. Doch Deutsche wie Karsten Voigt und Karl Kaiser versicherten mir, dass Deutschland dies nicht so sehe. Und das gilt auch heute noch. Die transatlantische Allianz bleibt entscheidend für die globale Ordnung sowie für amerikanische und europäische Interessen, selbst wenn sich der Fokus nach Asien verschiebt.

Der Kalte Krieg endete ohne die nukleare Katastrophe, die über unseren Köpfen schwebte, wurde jedoch durch eine Phase der Hybris ersetzt, als die Vereinigten Staaten zur einzigen Supermacht der Welt wurden. Dieser unipolare Moment wurde bald durch die Angst vor transnationalem Terrorismus und Cyberkriegen ersetzt. Analysten sprechen heute von einem neuen Kalten Krieg mit einem aufstrebenden China und der Angst vor einer nuklearen Eskalation nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine. Unsere mentale Landkarte der Welt hat sich in den vergangenen 30 Jahren dramatisch verändert.

Über acht Jahrzehnte hinweg hat die Welt das erlebt, was der Verleger Henry Luce im März 1941 „das amerikanische Jahrhundert“ nannte. Im 19. Jahrhundert lag das globale Machtzentrum in Europa, das seine imperialen Tentakel über die Welt ausstreckte. Die Vereinigten Staaten spielten damals eine Nebenrolle mit einem Militär, das nicht viel größer war als das von Chile. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die USA zur größten Industrienation der Welt und machten fast ein Viertel der Weltwirtschaft aus (gemessen an Wechselkursen gilt dies noch heute). Als US-Präsident Woodrow Wilson 1917 zwei Millionen Soldaten nach Europa entsandte, gaben die USA dem Ersten Weltkrieg die entscheidende Wendung. Doch danach kehrten die Vereinigten Staaten „zur Normalität“ zurück und wurden in den 1930er Jahren stark isolationistisch.

Das amerikanische Jahrhundert begann nach dem Zweiten Weltkrieg, als die Vereinigten Staaten zum Guten oder Schlechten die führende Macht in den globalen Angelegenheiten wurden. Kann das so bleiben?

Die Aufrechterhaltung der Allianzen

Die Vereinigten Staaten bleiben die stärkste Militärmacht der Welt und die größte Volkswirtschaft, doch seit den 2010er Jahren ist China zu einem fast gleichwertigen wirtschaftlichen Konkurrenten geworden. Die amerikanische Vormachtstellung in diesem Jahrhundert wird nicht wie im 20. Jahrhundert aussehen. Die größte Gefahr für Amerika ist nicht, dass China es überholen könnte, sondern dass die Diffusion von Macht zu einer Lähmung führt, die das Handeln unmöglich macht. Vieles wird davon abhängen, ob die USA ihre Allianzen aufrechterhalten.

China hat große Stärken, aber auch Schwächen. Beim Blick auf das Gesamtbild der Machtbalance haben die USA mindestens fünf langfristige Vorteile.

Erstens die Geografie: Die Vereinigten Staaten sind von zwei Ozeanen und zwei freundlichen Nachbarn umgeben, während China Grenzen mit 14 anderen Ländern teilt und in mehrere Territorialkonflikte verwickelt ist.

Zweitens haben die USA einen Energie-Vorteil, während China auf Energie-Importe angewiesen ist.

Drittens ziehen die Vereinigten Staaten Macht aus ihren großen transnationalen Finanzinstitutionen und der internationalen Rolle des Dollars. Eine glaubwürdige Reservewährung erfordert freie Konvertierbarkeit sowie tiefe Kapitalmärkte und Rechtsstaatlichkeit, die China fehlen.

Viertens haben die USA einen demografischen Vorteil als das einzige große entwickelte Land, das voraussichtlich seinen dritten Platz im globalen Bevölkerungsranking halten wird. Sieben der fünfzehn größten Volkswirtschaften der Welt werden in den nächsten zehn Jahren eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung haben, während die US-Bevölkerung weiter wächst.

Und fünftens stehen die Vereinigten Staaten an der Spitze wichtiger neuer Technologien (Bio-, Nano- und Informationstechnologien). China investiert zwar stark in Forschung und Entwicklung und erzielt hohe Patenzahlen, doch seine Forschungsuniversitäten rangieren laut eigenen Maßstäben immer noch hinter denen der USA.

Wie innenpolitische Veränderungen die US-Soft Power prägen

Insgesamt verfügen die Vereinigten Staaten in diesem Machtwettbewerb über eine starke Ausgangsposition. Wenn die Amerikaner jedoch der Hysterie über den Aufstieg Chinas erliegen, könnten sie ihre Karten schlecht ausspielen. Es wäre ein schwerer Fehler, Karten mit hohem Wert – darunter starke Allianzen und Einfluss in internationalen Institutionen – abzulegen. China stellt keine existenzielle Bedrohung für die USA dar, es sei denn, US-Führer machen es zu einer, indem sie in einen großen Krieg stolpern. Die historische Analogie, die mir Sorgen bereitet, ist eher 1914 als 1941.

Meine größere Sorge gilt jedoch den inneren Veränderungen und deren Auswirkungen auf die amerikanische Soft Power. Selbst wenn die äußere Macht dominant bleibt, kann ein Land seine innere Tugend und Anziehungskraft auf andere verlieren. Das Römische Reich bestand noch lange, nachdem es seine republikanische Regierungsform verloren hatte. Benjamin Franklin sagte zu der von den Gründervätern geschaffenen Regierungsform der USA: „Eine Republik, wenn ihr sie bewahren könnt.“


Politische Polarisierung ist ein Problem, und das gesellschaftliche Leben wird immer komplexer. Die Technologie eröffnet ein breites Spektrum an Chancen und Risiken im Zusammenhang mit künstlicher Intelligenz, Big Data, Machine Learning, Deep Fakes und generativen Bots – um nur einige zu nennen. Noch größere Herausforderungen zeichnen sich in den Bereichen Biotechnologie ab, ganz zu schweigen von den Auswirkungen des Klimawandels.

Einige Historiker vergleichen den heutigen Fluss von Ideen und Verbindungen mit den Umwälzungen der Renaissance und Reformation vor fünf Jahrhunderten, jedoch in weitaus größerem Maßstab. Und auf diese Epochen folgte der Dreißigjährige Krieg, der ein Drittel der deutschen Bevölkerung das Leben kostete. Heute ist die Welt reicher und riskanter als je zuvor. Es gibt Gründe für Pessimismus, und viele sehen ihn in den Ergebnissen der US-Wahl von 2024. Gleichzeitig haben die Amerikaner in den 1890er, 1930er und 1960er Jahren noch schlimmere Zeiten überstanden.

Trotz all ihrer Schwächen sind die Vereinigten Staaten eine innovative und widerstandsfähige Gesellschaft, die sich in der Vergangenheit immer wieder neu erfinden konnte. Karl Kaisers Optimismus von 1992 könnte immer noch richtig sein.



Joseph S. Nye, Jr., emeritierter Professor und ehemaliger Dekan der Harvard Kennedy School, hat verschiedene Regierungsposten innegehabt. Er gilt als einer der einflussreichsten Wissenschaftler auf dem Gebiet der US-Außenpolitik.



**»Die EU wird nur begrenzt als welt-
politischer Akteur wahrgenommen,
außerhalb der EU mehr als inner-
halb, innerhalb mehr von Europa-
Politikern, europäischen Bürokraten
und spezialisierten Wissenschaftlern
als von der politischen Klasse
insgesamt und all diese mehr als
von der Bevölkerung.«**

KARL KAISER, *Europas Rolle in der Welt neu denken*, in: *Vernunft und Politik im 21. Jahrhundert*, 2009

Europa muss seine Rolle in der Welt neu definieren

Die Führungswechsel in EU, NATO und den USA – und dabei vor allem der Wahlsieg Donald Trumps – machen die Jahre ab 2025 zu einem wichtigen Zeitfenster, um Europa angesichts des tiefgreifenden Wandels im internationalen Umfeld und vermehrter Krisen stärker aufzustellen. Dafür muss der Kontinent sich zunächst im Inneren stärken.

In einer Zeit, in der internationale Kooperation zunehmend infrage gestellt wird und isolationistische Tendenzen erstarken, steht Europa vor einer entscheidenden Herausforderung: Es muss seine Position in der Weltpolitik neu definieren und seine eigene Stärke festigen. Die transatlantische Partnerschaft, einst ein verlässlicher Pfeiler europäischer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität, gerät unter Druck. Europa muss eigenständige Strategien entwickeln, um wirtschaftliche Resilienz, militärische Sicherheit und politische Einheit zu gewährleisten. Seine Zukunft hängt davon ab, ob es diese Krise als Chance nutzt, seine innere Kohäsion zu stärken und als globale Gestaltungsmacht aufzutreten.

Die Europäische Union wird in einem sich profoundly verändernden geopolitischen und geökonomischen Umfeld zunehmend zum schwächeren Akteur. Während die USA und Asien wirtschaftlich dynamisch wachsen, verliert die EU an Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft, was ihren wichtigsten Machtfaktor schwächt. Auch die Stabilität in ihrer Nachbarschaft, auf die die EU lange bauen konnte, ist nicht mehr gegeben. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine muss die europäische Sicherheitsordnung

neu definiert werden. Die europäischen Staaten sind gezwungen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen, insbesondere da die USA ihre außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten auf den Indopazifik und China verlagern.

Auch wenn sich Europa in einer schwierigen Lage befindet und die Herausforderungen groß sind: Die Jahre 2024 und 2025 bieten der EU eine entscheidende Gelegenheit, ihre internationale Rolle neu zu gestalten. Die neue Europäische Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen, Mark Rutte wurde im Oktober 2024 zum NATO-Generalsekretär ernannt, und im Januar 2025 wird Donald Trump zum zweiten Mal in das Weiße Haus einziehen und als Präsident die Geschicke der mächtigsten westlichen Nation leiten. In einem geoökonomisch und geopolitisch konfliktreicheren Umfeld muss sich Europa als internationaler Akteur stärker positionieren und einen deutlich größeren Beitrag zur transatlantischen Partnerschaft leisten. All dies wird die europäischen Staaten mehr kosten und politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sind mehr denn je gefragt zu erklären, warum ein größeres Engagement notwendig ist.

Wie Europa in diese neue Phase geht

Um die eigenen Interessen in ihrer Nachbarschaft und weltweit stärker zu vertreten und um für relevante Staaten ein verlässlicher und starker Partner zu sein, muss die EU sich deutlich weiterentwickeln. Seit etwa 15 Jahren reagiert die Union auf Krisen, die bei ihrer Gestaltung nicht antizipiert worden waren und für die sie kein ausreichendes Instrumentarium hat. In sicherheitspolitischer Hinsicht besteht in Russlands Angriff die größte Herausforderung. Bereits in den Jahren zuvor stellte allerdings US-Präsident Donald Trump die transatlantische Allianz in Form der NATO infrage, setzte Deutschland und Europa wirtschaftspolitisch unter Druck und reduzierte die Unterstützung der USA für internationale Organisationen deutlich. Mit Trumps Amtsübernahme entsteht erneut Unsicherheit, etwa ob die NATO-Beistandsklausel glaubwürdig ist und wie die Unterstützung für die Ukraine aufrechterhalten werden kann, wenn die USA ihren

Beitrag deutlich reduzieren. Heute geht es zudem darum, der neuen Trump-Regierung glaubhaft zu versichern, dass Europa einen stärkeren Beitrag leistet – nicht nur zur eigenen Sicherheit auf unserem Kontinent, sondern auch in Weltregionen, wie insbesondere Asien, wo die USA ihre Interessen immer stärker unter Druck sehen.

Dabei kann Europa durchaus auf wichtige Entwicklungen der vergangenen Jahre verweisen: 2017 begann in der EU die strukturierte Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungspolitik (PESCO), der mittlerweile 26 EU-Mitgliedstaaten angehören sowie Großbritannien, Norwegen, die USA, Kanada und die Schweiz als Drittstaaten an PESCO-Projekten mitwirken. Die PESCO zielt darauf ab, Verteidigungslücken zu schließen und Ressourcen besser zu nutzen.

Sehr rasch reagierten die EU-Staaten, als Russland am 24. Februar 2022 die Invasion der gesamten Ukraine begann: Sie vereinbarten militärische und finanzielle Unterstützung, verhängten koordiniert mit den USA und anderen Partnern umfassende Sanktionspakete gegen den Aggressor und reduzierten Schritt für Schritt die Abhängigkeit von russischen fossilen Energieimporten. Eine gemeinsame Gaseinkaufsplattform bündelt die europäische Marktmacht, wie bei der koordinierten Impfstoffbeschaffung in der Corona-Krise.

Gleichzeitig entwickelte sich dabei auch ein neuer Blick auf China. Europa schützt eigene Interessen mittlerweile besser, wenngleich es das enge wirtschaftliche Verhältnis weiter braucht. Ein Beispiel für ein neues Risikomanagement ist das Screening von ausländischen Direktinvestitionen, mit dem Vulnerabilität in kritischen Wertschöpfungsketten verhindert werden soll, ein anderes ist der Ausbau von Rohstoffpartnerschaften, um einseitige Abhängigkeiten von China zu reduzieren. Auch im Bereich der Gesundheit überprüft Europa Verflechtungen viel kritischer. Die EU hat also aus den vergangenen Krisen gelernt und sich im Zuge des Krisenmanagements neue Instrumente angeeignet.

Innere Herausforderungen und institutionelle Hemmnisse

Diese Fortschritte sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die EU sich auch intern deutlich stärken muss. Eine ihrer zentralen Entscheidungsschwächen ist die Einstimmigkeitsregel in der Außen- und Sicherheitspolitik, die oft schnelle Entscheidungen verhindert. Zwar hat die Union bei der Unterstützung der Ukraine und den Sanktionen gegen Russland Einigkeit gezeigt, aber bei anderen außenpolitischen Themen, wie dem Nahostkonflikt oder den Beziehungen zu China, herrscht Uneinigkeit unter den Mitgliedstaaten.

Es ist unwahrscheinlich, dass das Mehrheitsprinzip in diesen Fragen bald eingeführt wird, da viele Staaten ihr Vetorecht behalten wollen. Wahrscheinlicher ist, dass kleinere Gruppen von EU-Staaten vorangehen werden. Zudem muss das neue EU-Führungstrio – Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Ratspräsident António Costa und die Hohe Vertreterin Kaja Kallas – besser koordiniert auftreten, um die internationale Wirkkraft der EU zu stärken.

Das internationale Gewicht der EU hängt zudem stark von ihrer Wirtschaftskraft ab. Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen, insbesondere steigende Energiepreise, haben die wirtschaftlichen Schwächen der EU verschärft und die Attraktivität Europas für energieintensive Industrien beeinträchtigt. Gleichzeitig sind durch die Pandemie und den Krieg unterbrochene Lieferketten weiterhin ein Problem, das die Produktion vieler europäischer Unternehmen hemmt.

Europas Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten aus Russland und China birgt wirtschaftliche Risiken. Diese Abhängigkeiten, in Verbindung mit den industriestrategischen Maßnahmen Chinas und der USA, verschärfen die Lage. Der Inflation Reduction Act (IRA) der USA und chinesische Subventionen für Schlüsseltechnologien wie erneuerbare Energien verzerren den Wettbewerb und belasten Europa zusätzlich. Mit Trumps absehbarer Rückkehr in das Weiße Haus droht Europa nun ein neues

Kapitel handelspolitischer Spannungen: Seine Regierung könnte flächendeckende Zölle von 10 Prozent auf alle Einfuhren sowie Zölle von 60 Prozent auf Importe aus China erheben. Auch im Bereich der Halbleiterproduktion bleibt Europa hinter den USA und Asien zurück, trotz des European Chips Act von 2022. Europa benötigt eine neue wirtschafts- und technologiepolitische Agenda, um wettbewerbsfähig zu bleiben und seine globale Position zu behaupten.

Rechtsstaatlichkeit als schützenswertes Gut

Ein weiteres ernstes Problem für die EU ist die Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit in Mitgliedstaaten wie Ungarn und Polen. Die politischen Eingriffe in Justizinstitutionen und Einschränkungen der Pressefreiheit bedrohen den Zusammenhalt der EU und ihre Glaubwürdigkeit nach außen. Der Regierungswechsel in Polen, wo Donald Tusk im Oktober 2023 nach achtjähriger Amtszeit der rechtspopulistischen PiS-Regierung wieder an die Macht kam, gibt Hoffnung auf eine Verbesserung. Aber der Weg zurück zu einer funktionierenden Demokratie ist schwierig.

Die Erosion der Rechtsstaatlichkeit beeinflusst auch den EU-Erweiterungsprozess und die internationale Strahlkraft der Union. Es wird zunehmend schwerer, Beitrittskandidaten hohe rechtsstaatliche Standards abzuverlangen, während bestehende Mitglieder diese selbst untergraben. Um die Rechtsstaatlichkeit zu schützen, sollte die Haushaltskonditionalität auf den EU-Haushalt ausgeweitet werden, und im Falle einer Vertragsreform sollte Artikel 7 EUV geändert werden, um den Aktivierungsmechanismus zu vereinfachen. Zudem sollten automatisierte Reaktionen auf schwerwiegende Verstöße gegen die Grundwerte der Union eingeführt werden.

Ausblick: Resilienz und Rückhalt

Karl Kaisers Analyse bleibt aktuell: „Die EU wird nur begrenzt als weltpolitischer Akteur wahrgenommen“, obwohl die Aufgaben, die die EU international zu bewältigen hat, deutlich gestiegen sind. Wenn sie international neue Partnerschaften entwickeln,

ihre Sicherheit auch gegenüber übergriffigen Autokratien verteidigen und das globale Ordnungssystem weiterentwickeln will, muss die Union ihre Resilienz in demokratischer, institutioneller, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht stärken. Auch eine gemeinsame Stärkung der Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der NATO gehört dazu. Nur so kann die EU den wachsenden Druck von außen, auch aus den USA, bewältigen und sich als internationaler Akteur behaupten.

Das wird allerdings nur funktionieren, wenn der gesellschaftliche Rückhalt hergestellt wird, was erfordert, dass die vielfältigen inneren und äußeren Herausforderungen ehrlich benannt und adäquate, sprich auch anspruchsvolle Antworten entwickelt werden. Es ist wichtig, dass der Bevölkerung ganz im Sinne Karl Kaisers vermittelt wird, wie wichtig Investitionen in eine nach innen wie außen starke Europäische Union sind.



Daniela Schwarzer ist Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, Honorarprofessorin an der FU Berlin und Senior Fellow am Belfer Center der Harvard Kennedy School. Von 2016 bis 2021 war sie Direktorin der DGAP.



»Die wachsende Bedeutung der multinationalen Politik und insbesondere der transnationalen Politik wirft eine Reihe wichtiger Fragen zur internationalen Ordnung und zur Zukunft der Demokratie auf.«

KARL KAISER, *Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 1969

Multiperspektivität oder das entschiedene Sowohl als auch

Angesichts der Parallelität von Großmächtekonflikten, transnationalen Verflechtungen und existenziellen Bedrohungen wie der Klimakrise ist Multiperspektivität mehr denn je das Gebot der Stunde. Karl Kaisers außenpolitische Erbinnen und Erben sollten diese einnehmen und dabei auch unbequeme Debatten wagen.

Vor 55 Jahren veröffentlichte Karl Kaiser in einem Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift* seinen programmatischen Aufsatz „Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik“,¹ in dem er die Bedeutung transnationaler Beziehungen und zunehmender Interdependenz für die internationale Ordnung und Demokratie analysierte. Kaisers wegweisende konzeptionelle Überlegungen erschienen etwas später auch in der führenden US-amerikanischen Zeitschrift *International Organization*.²

Für den gerade in Saarbrücken auf seine erste deutsche Professur berufenen Kaiser war diese transatlantische Doppelpublikation eine Selbstverständlichkeit. Er hatte von 1954 bis 1963 in Köln, Grenoble und Oxford breit europäisch studiert und nach seiner Promotion von 1963 bis 1968 fünf Jahre als Forscher an der Harvard University verbracht. Karl Kaiser hätte auf der Basis seiner Überlegungen zur transnationalen Politik eine transatlantische

1 Karl Kaiser, „Transnationale Politik. Zu einer Theorie der multinationalen Politik“, in: Ernst-Otto Czempel (Hrsg.), *Die anachronistische Souveränität*, *Politische Vierteljahresschrift*, Bd. 1/1969, Wiesbaden 1969, S. 80–109.

2 Karl Kaiser, „Transnational Politics: Toward a Theory of Multinational Politics“, in: *The IO Foundation/Cambridge University Press. International Organization*. Bd 25/Ausgabe 4, 1971, S.790–817.

Wissenschaftskarriere verfolgen können. Doch eine solche Engführung wäre nicht im Naturell des geborenen Siegerländers gewesen.

Kaisers Karriere ist eine der Multiperspektivität, des entschlossenen Sowohl als auch. So sehr er die Bedeutung transnationaler Verflechtung betonte, so verlor er nie aus dem Blick, dass „internationale Politik mit ihrem traditionellen zwischenstaatlichen Kampf weitergeht“. ³ So sehr er, wie der genannte Aufsatz verdeutlicht, einen wichtigen Beitrag zu theoretischen Debatten der internationalen Beziehungen zu leisten vermochte, so wenig gab er sich mit rein akademischem Wirken zufrieden. Zu groß war seine Leidenschaft für die Praxis. Das zeigte sich schon in Kaisers Lehre. Examensaufgaben bei ihm konnten, wie er 2019 in einem Interview beschrieb, lauten: „Sie sind Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, folgende Situation ist entstanden, bitte machen Sie eine kurze Analyse und eine Empfehlung mit drei Optionen“. ⁴

Kaiser scheute nicht vor mannigfaltigen Beratungstätigkeiten für Spitzenpolitiker zurück, ob für Fritz Erler, Willy Brandt, Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder. „Es hat mir immer Freude gemacht, weil ich eben gerne dabei mitwirke, an irgendeinem Problem zu werkeln“, sagte er. ⁵ Er bekannte persönlich Farbe als Sozialdemokrat, bewarb sich sogar einmal um die Nominierung für ein Bundestagsmandat. Gleichzeitig bewahrte Kaiser das Prinzip der Überparteilichkeit in der Arbeit der DGAP und war über Parteigrenzen hinweg angesehen als Experte. Er warf sich furchtlos in politische Debatten, um diese in die richtige Richtung zu lenken, ob in der Nachrüstungsdebatte Anfang der 1980er oder den Auseinandersetzungen um die von der CSU gesäten Zweifel an der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie 1989.

3 Vgl. Kaiser, *Transnational Politics*, S.816.

4 Karl Kaiser, Interview im Deutschlandfunk, „Die Wahrheit gibt es für den US-Präsidenten nicht mehr“, 27.06.2019, <https://www.deutschlandfunk.de/transatlantiker-karl-kaiser-die-wahrheit-gibt-es-fuer-den-100.html/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

5 Ebd.

Kaiser verstand, dass Menschen und Beziehungen das wichtigste Kapital sind. So investierte er viel Zeit in seine eigenen Netzwerke auf beiden Seiten des Atlantiks und des Eisernen Vorhangs – offen für Dialog, ohne sich dabei kommunistischen Machthabern anzubiedern. Er war Mentor für Generationen transatlantisch geprägter Nachwuchskräfte, etwa im Rahmen des McCloy-Programms. Nach dem Fall der Berliner Mauer investierte Kaiser in Beziehungen zu Russland und dessen Think Tank-Vertretern, beispielsweise zu Sergei Karaganov, mit dem er 1997 eine Publikation mit dem Titel „Toward a New Democratic Commonwealth“⁶ veröffentlichte, welche eine Assoziation demokratischer Staaten unter Einbeziehung Russlands skizzierte.

Spätestens im Februar 2022 stand auch Kaiser vor den Trümmern dieser Investitionen. Zwar hatte er 2014 nach dem Überfall auf die Krim Putins Herrschaftssystem als „autoritäres Regime, geführt von alten KGB- und Sowjeteliten, die von den Oligarchen unterstützt werden“ charakterisiert.⁷ Doch auch Kaiser rechnete nicht mit Putins Vollinvasion der Ukraine. „Man hat eine Rationalität unterstellt, die offenkundig nicht vorhanden ist“, resümierte er am 24. Februar 2022.⁸ Hinter dem „man“ versammelt sich ein großer Teil der außenpolitischen Elite Deutschlands, mich eingeschlossen. Kaiser sprach im Interview von einer Zeitenwende, die wenige Tage später durch die Rede des Bundeskanzlers zum Leitbegriff einer außen- und sicherheitspolitischen Kehrtwende in Deutschland wurde. Sein „Democratic Commonwealth“-Ko-Autor Karaganov befürwortete derweil Nuklearschläge auf Westeuropa aufgrund der Unterstützung für die Ukraine.⁹

6 Graham Allison, Karl Kaiser, Sergei Karaganov, *Toward a New Democratic Commonwealth*. Bertelsmann Stiftung, 1997.

7 Karl Kaiser, „Kennedy School prof. reflects on Ukraine crisis“, *The Brandeis Hoot*, 31.10.2014, <https://brandeishoot.com/2014/10/31/dr-karl-kaiser-of-kennedy-school-speaks-on-the-ukraine-crisis/> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

8 Karl Kaiser, Interview im Deutschlandfunk, „Putins Angriff auf die Ukraine: Eine neue Spielart des Kalten Kriegs“, 24.02.2022, <https://www.deutschlandfunk.de/interview-zum-krieg-in-der-ukraine-mit-prof-karl-kaiser-harvard-university-dlf-dbf99c09-100.html> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

9 Sergei A. Karaganov, „A Difficult but Necessary Decision“, *Russia in Global Affairs*, 13. Juni 2023, <https://eng.globalaffairs.ru/articles/a-difficult-but-necessary-decision> (zuletzt abgerufen am 15. November 2024).

Aus diesem Scheitern lässt sich eine wichtige Lehre ziehen: Es kann zu fatalen Fehlschlüssen führen, eigene Vorstellungen von Rationalität auf Anführer autokratischer Großmächte zu übertragen. Und den Fehler, den viele bei Putin gemacht haben, sollten wir bei Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping nicht wiederholen. Wir können nicht davon ausgehen, dass Xi schon keinen Krieg riskieren wird, weil sich Krieg nicht rechnet und wechselseitige Abhängigkeiten bestehen. Nur wenn Xi die nächsten zehn Jahre jeden Morgen aufwacht und sagt: „Ich würde gern meinen Platz in den Geschichtsbüchern mit der Annexion Taiwans zementieren. Aber heute ist nicht der Tag, es ist einfach zu riskant, militärisch und wirtschaftlich“, gibt es die Chance, einen Krieg zu verhindern. Um dies sicherzustellen, muss der Westen weit mehr zur Abschreckung in die Waagschale werfen als im Fall der Ukraine. Dann kann er – wie im Kalten Krieg – aus einer Position der Stärke und funktionierender Abschreckung heraus auch Dialog- und Abrüstungsangebote machen.

Von Karl Kaiser lernen

Heute können wir von Karl Kaisers damaliger Multiperspektivität lernen. Seine Kombination aus einem Verständnis für Machtpolitik sowie transnationale Beziehungen und Interdependenz ist derzeit aktueller denn je. Im Jahr 2000 organisierte ich im Rahmen meines ersten deutschen Think-Tank-Jobs bei der DGAP eine Studiengruppe zum Thema Globalisierung und Weltwirtschaft. Mein damaliger Chef – Kaiser war damals Forschungsdirektor des Hauses – hatte großes Interesse an meiner Arbeit zum damaligen Modethema „Global Governance“, die an seine frühe Forschung zu transnationalen Beziehungen anknüpfte. Gleichzeitig redete er in Besprechungen immer noch viel von Machtpolitik, Raketensprengköpfen und Abschreckung. In meinem institutionalistischen Optimismus der späten 1990er kam mir das anachronistisch vor. Heute ist klar: Es sind meine frühen Annahmen, die aus der Zeit gefallen waren. Im Gegenzug reicht es mittlerweile nicht mehr, die eigene Arbeit einfach großzügig mit den Adjektiven „geopolitisch“ und „geoökonomisch“ zu garnieren und damit zu signalisieren, man sei auf der Höhe der Zeit.

Die Multiperspektivität Kaisers ist angesichts der Parallelität von Großmächtekonflikten, tiefen transnationalen Verflechtungen und existenziellen planetarischen Herausforderungen wie der Klima- und Biodiversitätskrise mehr denn je das Gebot der Stunde. Das heißt auch: Internationale Institutionen und multilaterale Kooperation sind kein Gedöns, das einfach weg kann, wenn die neuen Großstrategen über Geopolitik und Geoökonomie sinnieren.

Gleichzeitig gilt es, die Multiperspektivität auf die Höhe der Zeit zu bringen. Es reicht nicht, „Transatlantiker“ zu sein, um erfolgreich deutsche Außenpolitik betreiben zu können. Wir müssen dringend die sehr diversen Perspektiven der nicht-westlichen Welt verstehen lernen – unter anderem mit Blick auf die Folgen des Kolonialismus, die historischen Erfahrungen sowie auf die jeweiligen regionalen strategischen Konstellationen. Die moralische Empörung auf Seiten vieler Transatlantiker, gepaart mit Unverständnis der unterschiedlichen strategischen Überlegungen von Ländern wie Indien, Brasilien und Südafrika gegenüber Russlands Angriffskrieg, macht die Notwendigkeit dafür noch einmal sehr deutlich.

Gerade die deutsche strategic community muss viel mehr in das Verständnis des Nicht-Westens investieren – und sich gleichzeitig auf ein post-amerikanisches Europa vorbereiten, in dem Europa weitgehend allein für seine grundlegende Sicherheit sorgen muss. Donald Trumps zweite Amtszeit markiert auf brutale Weise das Ende des klassischen Transatlantizismus. 2019 mahnte Kaiser, dass wir „das europäisch-amerikanische Verhältnis neu strukturieren müssen mit einem viel größeren Gewicht und mit einer größeren Eigenverantwortung“.¹⁰ Leider haben Deutschland und Europa das Geschenk der Biden-Jahre nicht genutzt, um kraftvoll in diese Richtung zu steuern. Umso größer sind heute Verletzlichkeit und Handlungsdruck.

10 Vgl. Kaiser, Interview im Deutschlandfunk, 27.06.2019.


Kaisers Nachfolgerinnen und Nachfolger in der deutschen Außenpolitik sollten sich ein Beispiel an seinem Wirken in der Bonner und Berliner Republik nehmen und sich auch in Debatten einbringen, wenn es unbequem wird. Unbequem ist der neue Normalzustand in der „world of shitty choices“, in der sich Deutschland nach dem Ende der schönen Träume der 1990er wiederfindet. Beim Thema Russland und Ukraine ist dies gut gelungen, oft mit großem Mut, Einsatz und Kosten. Leider ist jedoch etwa bei Lehren aus dem katastrophalen Scheitern der deutschen Netanjahu-Politik ein weitreichendes Versagen der außenpolitischen Community zu verzeichnen. In Zeiten demokratischer Fliehkräfte auch daheim müssen sich außenpolitische Analysten auch viel stärker mit den innenpolitischen (auch fiskalpolitischen) Voraussetzungen außenpolitischen Handelns beschäftigen. Die Zeit, von der Seitenlinie einfach außenpolitische Führung einzufordern, ist vorbei. Fünf Jahre nach der „Mehr Verantwortung“-Rede von Bundespräsident Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014¹¹ resümierte Karl Kaiser messerscharf: „In der Realität ist weder in der politischen Klasse noch im Handeln noch in der öffentlichen Meinung eine große Veränderung eingetreten.“¹² Es ist an Kaisers Erbinnen und Erben in Deutschland, mitzuhelfen, dass die Bilanz zu „fünf Jahre Zeitenwende“ im Jahr 2027 nicht ähnlich desaströs ausfällt.



Thorsten Benner ist Mitbegründer und Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi). Seine Forschung, die er zuvor bei der DGAP und anderen Institutionen durchgeführt hat, konzentriert sich unter anderem auf das Zusammenspiel der Mächte bei der Gestaltung der globalen (Un-)Ordnung.

11 Joachim Gauck, Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen, Münchner Sicherheitskonferenz, 31.01.2014, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

12 Vgl. Kaiser, Interview im Deutschlandfunk, 27.06.2019.



»Das Ziel der westeuropäischen Einheit, mit dem deutsch-französischen Verständnis als Basis, ist zu einem zentralen Bestandteil des kollektiven Bewusstseins der Bundesrepublik Deutschland geworden. Es ist schwer vorherzusagen, was mit diesem kollektiven Bewusstsein geschähe, wenn die Einheit aufgegeben würde; aber die Folgen wären in jedem Fall wahrscheinlich geeignet, die Stabilität in Europa weiter zu untergraben.«

KARL KAISER, *Europe and America: A Critical Phase*,
Foreign Affairs, 1974

Deutsch-französische Freundschaft im Dienst der internationalen Beziehungen

Meine erste Begegnung mit Karl Kaiser geht auf das Jahr 1973 zurück. In diesem Jahr übernahm er die Leitung des Forschungsinstituts der DGAP. Gleichzeitig wurde im französischen Außenministerium das Centre d'Analyse et de Prévision (CAP) gegründet – das Pendant zur Planungsabteilung des Auswärtigen Amtes und zum Policy Planning Staff des US-Außenministeriums –, dessen erster Direktor ich war. In diesem Rahmen lernten wir uns kennen. Es war der Beginn eines halben Jahrhunderts deutsch-französischer Zusammenarbeit und Freundschaft im Dienst der internationalen Beziehungen.

Im Jahr 1973 waren gerade einmal 28 Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vergangen. Eine Situation, die ein halbes Jahrhundert später schwer zu denken ist. Georges Pompidou war Präsident der Republik und Willy Brandt Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die französisch-amerikanischen Beziehungen waren angespannt, aber der Nachfolger von General de Gaulle hatte die erste Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich ermöglicht. Der Beitritt des Vereinigten Königreiches veränderte das Gleichgewicht des politischen Systems der Gemeinschaft radikal. Doch die europäische Wirtschaft florierte und auf der Ebene der Ost-West-Beziehungen war die Zeit der Entspannung gekommen. Experten der internationalen Beziehungen teilten die Welt in drei Blöcke: den Westen, die sozialistischen Länder und

die Dritte Welt. Wären da nicht die beiden Ölschocks im Herbst 1973 und 1978 gewesen, erschien dieses Jahrzehnt der 1970er Jahre rückblickend als glücklich.

Die großen Debatten dieser Zeit, über das von Henry Kissinger ausgerufenen „Jahr Europas“, die Gründung der Internationalen Energieagentur oder die Feinheiten der Strategie des Atomzeitalters, oder über die „Lastenteilung“ zwischen den USA und dem europäischen Pfeiler der Atlantischen Allianz, die „neue internationale Wirtschaftsordnung“ und die internationalen Handelsbeziehungen in Zeiten des expandierenden Japans - nichts davon hat die Harmonie der deutsch-französischen Beziehungen jemals grundlegend gestört. Ihre Grundlage war eindeutig das europäische Aufbauwerk um die beiden Leitgedanken der Versöhnung und der wirtschaftlichen Integration. Die Amtszeiten von Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, die beide im Mai 1974 im Abstand von wenigen Tagen ihr Amt antraten, nachdem sie beide Finanzminister gewesen waren, fielen in etwa zusammen und trugen wesentlich zur Vertiefung der Gemeinschaft bei, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht (ich denke dabei natürlich zuerst an das Europäische Währungssystem) als auch in politischer Hinsicht (allgemeine Wahlen zum Europäischen Parlament ab 1979).

Als ich Anfang 1979 das Institut français des relations internationales (Ifri) auf den Weg bringen konnte, waren Karl und ich entschlossen, unsere Zusammenarbeit über das schon länger bestehende Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) hinaus zu intensivieren. Wir verstanden uns sehr gut und unsere Freundschaft war bereits gefestigt. Wir begannen mit der Einrichtung eines jährlichen Treffens von Delegationen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Journalismus, das abwechselnd in Paris und Bonn stattfand. Zu Beginn ahnten wir nicht, dass das internationale System an der Schwelle zu einem tiefgreifenden Wandel stand. Diese manifestierte sich zunächst das ganze Jahr über in einem neuen Aktivismus der UdSSR in der Dritten Welt, in der iranischen Revolution und Ende 1979 in der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Ebenfalls 1979 brach die Euroraketenkrise

aus, deren Ursprung meiner Meinung nach die Rolle der Think Tanks bei der Strukturierung bestimmter Debatten verdeutlicht. Das Jahr 1980 war auch durch die Wende der Solidarność gekennzeichnet. Die westlichen Länder befürchteten eine sowjetische Intervention in Polen, aber auch in Jugoslawien (Marschall Tito starb im Mai 1980). Hinzu kam die Verstärkung der Wirtschaftskrise, die durch die beiden Ölschocks ausgelöst wurde. In der Situation der Abhängigkeit, in der sich der Westen gegenüber dem Nahen Osten befand, nahm das Schreckgespenst großer Konflikte schnell ein großes Ausmaß an.

Bericht der vier Direktoren

Dies war also der internationale Kontext zu Beginn einer sich rasch intensivierenden Zusammenarbeit zwischen dem gerade erst gegründeten Ifri, das bereits über ein starkes Forscherteam verfügte, und seiner älteren Schwester: der DGAP. Mit der Aussicht auf derart grundlegende Veränderungen hatten Karl und ich die Idee zu dem Projekt, das später zum sogenannten Bericht der vier Direktoren über Sicherheit und den Westen werden sollte. Karl geht in seinen „Erinnerungen“¹ ausführlich darauf ein. Es handelte sich um die Direktoren der DGAP, des Council on Foreign Relations (CFR) in New York, des Ifri und des Royal Institute of International Affairs (Chatham House).

Die Herausforderung war real, denn es ging darum, zu einer gemeinsamen Diagnose und gemeinsamen Empfehlungen für den strategischen Rahmen der transatlantischen Beziehungen zu gelangen, und zwar im Hinblick auf ein neues Jahrzehnt, das von einer technologischen Revolution geprägt und politisch von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien dominiert werden sollte. Der Präsident des CFR stimmte uns begeistert zu. Karl war in transatlantischen Kreisen in den USA eine bekannte und angesehene Persönlichkeit. Ich meinerseits hatte mir als Direktor des CAP an der Ostküste einen Namen gemacht.

1 Karl Kaiser, Erinnerungen 1973-2003, DGAP 2022, https://dgap.org/system/files/article_pdfs/Erinnerungen%20von%20Karl%20Kaiser%201973-2003%20pdf%20.pdf (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

Insbesondere hatte ich gute Beziehungen zu Winston Lord aufgebaut, meinem Amtskollegen im Außenministerium unter Kissinger. Unter diesen Umständen war es für uns kein Problem, David Watt, den damaligen Direktor des Chatham House, anzuwerben. Die Qualität unseres Berichts verdankte sich der Kompetenz unserer Berater, insbesondere für das Ifri Pierre Lellouche, der später Minister wurde und damals ein junger Wissenschaftler war, der bereits für seine Expertise in strategischen Fragen bekannt war.

Der originellste Aspekt unseres Berichts war die Hervorhebung der Notwendigkeit eines umfassenden Verständnisses des Sicherheitsbegriffs für den Westen und der Bedeutung einer Zusammenarbeit in Bezug auf die Dritte Welt innerhalb der NATO. In diesem Zusammenhang hatte unser Konzept der Zusammenarbeit zwischen den „Hauptstaaten“ unter verschiedenen Bezeichnungen (auf Englisch: coalitions of the willing) großen Erfolg.

In seinen „Erinnerungen“ hebt Karl die enorme Wirkung hervor, die der Bericht erzielte, ebenso wie die Kritik, die er in Deutschland hervorrief. Auch in Frankreich, wo sich zu jener Zeit noch historische Gaullisten als Tempelwächter aufspielten, stieß der Bericht auf Widerstand. Für sie war die Idee, die transatlantische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen auf die Dritte Welt auszuweiten, ein Sakrileg. Das Misstrauen der sozialistisch-kommunistischen Linken, wie es damals hieß, war nicht geringer. Tatsächlich erschien der Bericht nur wenige Wochen vor der Wahl François Mitterrands zum Präsidenten der Republik, und seiner ersten Regierung gehörten Kommunisten an.

Dieser erste Erfolg ermutigte uns zwei Jahre später, ein ähnliches Projekt über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft durchzuführen. Diesmal mit der DGAP, dem Ifri und Chatham House natürlich (nun unter der Leitung von William Wallace), sowie dem Istituto Affari Internazionali (unter der Leitung von Cesare Merlini) und, im Namen der Niederlande, dem sehr renommierten Edmond Wellenstein. Wir alle spürten, dass die Gemeinschaft in einer immer komplexer werdenden Welt auf Hindernisse stieß,

die ihre Existenz gefährden konnten. Der Bericht, der unter dem Titel „Die Europäische Gemeinschaft: Niedergang oder Erneuerung“ veröffentlicht wurde, war ebenfalls ein Erfolg, und seine erneute Lektüre nach etwas mehr als 40 Jahren vermittelt den Eindruck einer erstaunlichen Aktualität.

Die Rolle der großen europäischen Think Tanks

Die Zusammenarbeit zwischen Ifri und DGAP setzte sich während der gesamten Amtszeit von Karl fort, und er nennt in seinen „Erinnerungen“ mehrere weitere Beispiele dafür. In diesem bescheidenen Beitrag zu diesem Werk zu Ehren seines 90. Geburtstags wollte ich mich jedoch aus zwei bestimmten Gründen auf diese Berichte konzentrieren. Der erste Grund ist, dass nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion, auf die weder wir noch andere vorbereitet waren, die natürliche Tendenz in den führenden Think Tanks darin bestand, Beziehungen zu den aufstrebenden Ländern zu knüpfen, insbesondere zu den wichtigsten unter ihnen wie China oder Indien, aber natürlich auch zu Russland.

Als Karl 2003 aus der DGAP ausschied, waren die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Regime von Wladimir Putin zweifellos von gegenseitigem Misstrauen geprägt, doch konnte man die Zukunft noch mit vorsichtigem Optimismus betrachten, ohne dabei völlig naiv zu sein. Erst nach der „Orangen Revolution“ 2004 in der Ukraine begann die Kluft ernsthaft und immer stärker zu wachsen. Vielleicht haben die großen europäischen Think Tanks die Gefahren der Ideologie vom „Ende der Geschichte“ unterschätzt – eine Ideologie, die in den westlichen Ländern die Vorstellung vom Regime Change förderte, die den Neokonservativen und vielen US-Demokraten am Herzen lag. Aber auch, implizit, vielen Europäern.

Angesichts einer Vielzahl von Faktoren – darunter die konkreten Auswirkungen des Klimawandels, die Covid-19-Pandemie, der Aufstieg eines als zunehmend aggressiv wahrgenommenen China, islamistischer Terrorismus, der Krieg in der Ukraine, die

Aussicht auf Handelskriege, eine unkontrollierte Erweiterung der Europäischen Union und die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus – ist das Risiko eines Zusammenbruchs der Gemeinschaft, die inzwischen zur Europäischen Union geworden ist, in den kommenden Jahren oder Jahrzehnten erheblich höher als 2003. Wie müssen die transatlantischen Beziehungen neu gedacht werden? Wie sollte die zukünftige Sicherheitsarchitektur Europas gestaltet werden? Denn der Krieg in der Ukraine wird ein Ende finden, und die Beziehungen zwischen Europa und Russland werden sich in irgendeiner Form neu entwickeln: Werden die Europäer dabei geeint oder gespalten sein?

In seinem Leben wie auch in seinem Werk hat uns Karl Kaiser daran gewöhnt, die Welt so zu sehen, wie sie ist, ohne jemals die Hoffnung auf eine relativ friedliche Koexistenz aufzugeben – selbst zwischen Ländern mit so unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Systemen wie zu sowjetischen Zeiten. In diesem Sinne ist die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich notwendiger denn je.


Im konstruktiven Geist, der Karl und mich über so viele Jahre hinweg geleitet hat, wünsche ich mir, dass DGAP und Ifri gemeinsam einen bedeutenden Beitrag zu dem bevorstehenden Wiederaufbau leisten können.



Thierry de Montbrial ist Gründer und Vorstandsvorsitzender des französischen Instituts für Internationale Beziehungen (Ifri) sowie Gründer und Vorsitzender der World Policy Conference (WPC). Er ist emeritierter Professor und Mitglied des Institut de France.



Vous pouvez consulter la version originale du texte **en français** en suivant ce lien :
→ <https://dgap.org/de/Thierry-Montbrial-Karl-Kaiser-collaboration-franco-allemande>



»Die deutsche und die französische Regierung sollten nicht zögern, [...] die Führungsrolle in Europa zu übernehmen. Von anderer Seite ist keine Hilfe zu erwarten. Der Rest Europas erwartet von Frankreich und der Bundesrepublik einen europäischen Aufschwung. Sollte dies nicht geschehen, hätte dies fatale Folgen.«

KARL KAISER, *Point de vue: Pour une relance franco-allemande de l'Europe*, in: *Le Monde*, 01. Juni 1974

Frankreich und Deutschland dürfen das Wesentliche nicht aus den Augen verlieren

Wer die deutsche und die französische Zeitenwende verstehen will, braucht historischen Abstand. Wo aktuell nichts zusammenzupassen scheint, zeigt die Vergangenheit, was gemeinsam möglich sein könnte. Ein Plädoyer für den Wert des Rückblicks am Beispiel der deutsch-französischen Beziehungen.

Gerade in schnelllebigen Zeiten, in denen die Aktualität wenig Anlass zu Optimismus gibt, lohnt der Blick zurück. Wer sich der Tagespolitik entzieht, verpasst zwar das ein oder andere. Gleichzeitig wird deutlich, dass längst nicht alles, was neu ist, auch von Relevanz ist – und in Wahrheit häufig nicht einmal neu. Wer in ständiger Sorge lebt, nicht auf dem letzten Stand zu sein, läuft Gefahr, von Eilmeldungen und Twitter-Trends davongerissen und verschluckt zu werden. Und droht dabei, das große Ganze aus den Augen zu verlieren. Dieses Risiko ist heute größer als je zuvor. An den deutsch-französischen Beziehungen lässt sich das gut demonstrieren.

Ein Selbstversuch zur Veranschaulichung: Im Juni 1974 schrieb Karl Kaiser, damals seit einem Jahr DGAP-Forschungsdirektor, einen Gastbeitrag für die Tageszeitung *Le Monde*.¹ Anlass war das erste Treffen des neuen Bundeskanzlers Helmut Schmidt mit Frankreichs Präsidenten Valéry Giscard-d'Estaing. Kaiser

1 Karl Kaiser, „Point de vue: Pour une relance franco-allemande de l'Europe“. in: *Le Monde*, 01.06.1974.

appellierte an die beiden Politiker, ihrer Verantwortung gerecht zu werden – auch mit Bezug auf die europäische Einigung.

Der Beitrag hat 50 Jahre später so wenig an Aktualität eingebüßt, dass es gespenstisch ist. Der sozialdemokratische Bundeskanzler heißt heute Scholz, der liberale Präsident Macron. Die bundesdeutsche Hauptstadt ist von Bonn nach Berlin umgezogen und aus der europäischen Gemeinschaft ist eine Union geworden, mit 27 statt neun Mitgliedern. Die Themen sind aber die gleichen: Frankreich kämpft mit der Zahlungsbilanz und die Stabilität des gemeinsamen Wirtschaftsraums ist gefährdet. Die Bundesregierung sieht sich deshalb angehalten, die europäische Integration voranzutreiben, zögert aber. Die europäische Gemeinschaft steckt in der Krise, wirkt entscheidungsunfähig. Sogar die Verwerfungen der 1920er Jahre, die Kaiser beschwört, um für eine „deutsch-französische Wiederbelebung Europas“ zu werben, sind heute wieder eine Referenz.

Alles beim Alten

Welche Lehren der Blick in die Vergangenheit offenbart, liegt im Auge des Betrachters. Einen Pessimisten könnte die Lektüre des Le Monde-Artikels verzweifeln lassen: Denn den Fünf-Punkte-Plan, den Kaiser im Jahr 1974 Schmidt mit seinem Le Monde-Artikel auf die Antrittsreise nach Paris mitgab, könnte man dem aktuellen Bundeskanzler heute guten Gewissens erneut in die Aktenmappe stecken. Das wirkt erst einmal sehr ernüchternd: kaum Fortschritte in 50 Jahren?

Doch es gibt eine zweite, optimistische Lesart. Aus dem Artikel Kaisers spricht noch heute die historische Dringlichkeit. Er betont die Erwartungshaltung europäischer Partner an Deutschland und Frankreich: „Von Bonn oder Paris hängt die Zukunft der Gemeinschaft, der Gesellschaften, die sich in ihr entwickelt haben, und Europas im Allgemeinen ab. Dies könnte ihre letzte Chance sein.“² Die gleiche Erwartungshaltung ist heute wieder spürbar,

2 Ebd.

unter anderen Vorzeichen zwar, aber doch vergleichbar. 1974 wurde sie nicht enttäuscht. Denn Schmidt und Giscard lieferten, fanden gemeinsame Lösungen. Die Krise wurde überwunden, die Integration schritt voran. Doch noch Hoffnung also?

Zeit, wieder Flughöhe zu gewinnen

Ganz unabhängig davon, ob er Ernüchterung hervorruft oder Hoffnung weckt – der Rückblick lohnt in jedem Fall. Er zeigt, wie konstant außen- und sicherheitspolitische Identitäten sind und macht nachvollziehbar, wie schwer die historischen Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich bis heute wiegen. Immer wieder haben sie seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine die glatte Oberfläche der europäischen Einigkeit durchbrochen: Die wichtigste Initiative des Kanzlers seit Beginn des Krieges, die European Sky Shield Initiative (ESSI), beruht in großen Teilen auf außereuropäischen Technologien; Frankreich missfällt das. Im Streit um Taurus-Lieferungen wiederum berief sich Olaf Scholz auf fehlende nukleare Souveränität, die Deutschland von Großbritannien und Frankreich unterscheidet – heute wie 1974.

Die Beschäftigung mit vergangenen Debatten hilft, die Trends zwischen tagespolitischen Höhen und Tiefen auszumachen. Letztere waren dabei in den vergangenen Jahren deutlich in der Mehrzahl. Trotz vieler großer Gelegenheiten, dem 60. Jubiläum des Elysée-Vertrags 2023 und dem Staatsbesuch Macrons im vergangenen Mai: Ein großer deutsch-französischer Wurf gelang zuletzt nicht. Stattdessen wurde im Oktober 2022 der deutsch-französische Ministerrat abgesagt, eine historische Premiere. Und nach einer Ukraine-Konferenz im Februar 2024 in Paris zog der Kanzler im Streit um westliche Bodentruppen indirekt auch für die NATO-Verbündeten rote Linien. Macron warf ihm daraufhin kaum verhohlen Schwäche vor. Der Konflikt, häufig öffentlich ausgetragen, wirkte dramatisch.

Den Blick nach vorne schärfen

Zwei Jahre später spricht kaum noch jemand über den abgesagten Ministerrat, der Zorn vom Februar ist verraucht. Statt sich an diesen Episoden aufzuhängen, gilt es für beide Regierungen, sich auf langfristige Ziele zu konzentrieren. Der Beitrag Karl Kaisers hilft dabei: Schon 1974 benannte er ein aus deutscher Sicht großes Hindernis für die Integration der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland, so befand Kaiser, habe den Widerspruch zwischen dem französischen Beharren auf nationaler Unabhängigkeit und dem Werben für europäische Kooperation ohne die USA nie verstanden. 50 Jahre haben daran wenig geändert, das Unverständnis hält an. Aktuell steht es der deutsch-französischen Abstimmung im Weg und verhindert, dass die EU der neuen Präsidentschaft Donald Trumps geschlossen entgegensieht.

Doch trotz des anhaltenden Unverständnisses gibt es viele Ansatzpunkte für die Zukunft. Die französische Außen- und Sicherheitspolitik hat unter Emmanuel Macron angesichts des Krieges in der Ukraine eine bedeutende Wende vollzogen. In Berlin wurde das bisher nicht klar genug erkannt und aufgegriffen: Paris wirbt für die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, verspricht Staaten an der Ostflanke „strategische Solidarität“. Das eigene Engagement in der Allianz gewinnt an Bedeutung, und in der Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der NATO sieht man in Frankreich mithin Chancen, statt die Allianz lediglich als Vehikel von US-Interessen abzutun.

Diese französische Zeitenwende, der ein Generationenwechsel zugrunde liegt und deren Erfolg die Modernisierung des Gaullismus voraussetzt, ist eine historische Chance – für die deutsch-französische Partnerschaft und die europäische Integration. Um sie jedoch zwischen den Höhen und Tiefen der Tagespolitik im Auge zu behalten und mit dem Umbau der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu versöhnen, um sie zu fördern und zu verstetigen, braucht es einen gewissen Abstand. Der Blick zurück hilft dabei.



Jacob Ross ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der DGAP und beschäftigt sich mit Frankreich und den deutsch-französischen Beziehungen. Zuvor arbeitete er im französischen Außenministerium und als parlamentarischer Assistent im Europaausschuss der französischen Nationalversammlung.



»Klar ist, dass die Europäer in der jetzigen Situation ihre Verteidigungsanstrengungen erheblich verstärken müssen, insbesondere auch Deutschland, und dass dies gemeinsam mit den USA geschehen muss, aber auch im Verbund mit den anderen westlichen Staaten.«

KARL KAISER, Putins Angriff auf die Ukraine: Eine neue Spielart des Kalten Kriegs, Interview im Deutschlandfunk, 24. Februar 2022

Das Ende der Illusionen? Deutschlands Wendepunkt in der Russland-Politik

Der russische Angriff auf die Ukraine hat einen tiefgreifenden Wandel in der deutschen Russland-Politik mit sich gebracht. Jahrzehntelange Bemühungen um Annäherung sind einer Abkehr gewichen. Doch bei der sicherheitspolitischen „Zeitenwende“ bleibt Deutschland strategisch zögerlich. Dabei schwindet durch den Krieg gegen die Ukraine Russlands traditioneller Einflussraum. Diese Entwicklung könnte Europa nutzen.

Gleich zu Beginn der russischen Invasion der Ukraine im Februar 2022 brachte Karl Kaiser den bis dahin gültigen Umgang mit Russland auf den Punkt:

„Der Westen hat Wladimir Putin unterschätzt. Man hat eine Rationalität unterstellt, die offenkundig nicht vorhanden ist, denn das Verhalten von Putin zeigt, dass er willens ist, Schaden auf sein eigenes Land herunterzuladen, was mit Rationalität nicht zu erklären ist.“¹

Das Ende der Ostpolitik, wie Deutschland sie kannte

Während die deutsche Außenpolitik mit Blick auf Russland jahrzehntelang auf Annäherung und Versöhnung setzte, hat der Krieg gegen die Ukraine zu einem schockartigen Wandel in

1 Karl Kaiser, Interview im Deutschlandfunk, „Putins Angriff auf die Ukraine: Eine neue Spielart des Kalten Kriegs“, 24.02.2022, <https://www.deutschlandfunk.de/interview-zum-krieg-in-der-ukraine-mit-prof-karl-kaiser-harvard-university-dlf-dbf99c09-100.html> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

Deutschlands Beziehungen zu beiden Ländern geführt. Nur wenige Tage nach der Invasion hat Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung eine sicherheitspolitische Zeitenwende verkündet.² Trotz aller Zögerlichkeit bei der Unterstützung der Ukraine und den sicherheitspolitischen Anpassungen hat die Bundesregierung sich in kürzester Zeit von russischem Gas abgekoppelt, LNG-Terminals gebaut und durch massive EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland hohe ökonomische Kosten in Kauf genommen. Damit brach das zentrale Fundament der deutsch-russischen Beziehungen weg, das auf enger wirtschaftlicher und energiepolitischer Interdependenz basierte. Auch der gesellschaftliche und politische Austausch wurde auf ein Minimum reduziert.

Mental und strategisch steht eine echte Zeitenwende aus

Russland ist aus Sicht der Bundesregierung zur größten sicherheitspolitischen Bedrohung für Europa geworden. Bereits vor dem umfassenden Angriff auf die Ukraine hat es einen hybriden Krieg gegen den Westen geführt – etwa mit Desinformationskampagnen, Hackerattacken, Sabotageangriffen sowie massiven geheimdienstlichen Aktivitäten in Deutschland und anderen europäischen Staaten. Dennoch brauchte es offenbar für große Teile der Eliten und Gesellschaft hierzulande einen großangelegten Angriffskrieg, um die Gefahr von Putins Regime zu erkennen.

Zwar zeigen die seit der „Zeitenwende“-Rede erfolgte massive militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine sowie das Sondervermögen für die Bundeswehr einen grundlegenden Wandel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik – weg von einem „Russia first“, hin zu einem Fokus auf die Ukraine –, doch scheint mental und strategisch eine echte Zeitenwende zu fehlen.

Die Bundesregierung agiert weiterhin zu reaktiv, konzentriert sich auf Krisenmanagement und versucht, wie die US-Führung, eine große Eskalation mit Russland zu vermeiden. Dabei zeigt

² Olaf Scholz, Regierungserklärung des Bundeskanzlers zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, 27.02.2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

sich, dass viele die Logik russischer Politik weiterhin nicht verstanden haben. Aus Putins Sicht sind Kompromisse mit Schwäche gleichzusetzen, Appeasement und Zögerlichkeit ermutigen ihn zu weiterer Aggression. Der Kreml-Chef denkt in Win-Lose-Kategorien, die beiden Minsker Abkommen sowie die wachsende Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas nach 2014 haben ihn zum großflächigen Angriff auf die Ukraine geradezu eingeladen. Russland ist militärisch und ökonomisch zwar schwächer als die NATO und die EU, nutzt jedoch geschickt die Schwachpunkte und Unentschlossenheit seiner Gegner zum eigenen Vorteil aus. Deutschland ist hierfür besonders verletzlich in Europa. Hinzu kommt, dass der Machtapparat in Moskau keine Rücksicht auf eine kritische Öffentlichkeit nehmen muss.

Die Forderung nach Friedensverhandlungen von Teilen der deutschen Bevölkerung und politischen Elite widerspricht der derzeitigen Realität auf dem Schlachtfeld. Nicht zuletzt hat der Wunsch nach einer Beendigung des Krieges und nach Frieden, egal unter welchen Bedingungen, ein Vakuum eröffnet, das populistische Parteien nun zu füllen versuchen. Die Wiederwahl von Donald Trump wird Putin darin bestärken, dass er mit Washington ein Abkommen auf Kosten der Ukraine aushandeln und die Unterstützung für die Ukraine durch die USA massiv abnehmen könnte.

Die russische Aggression führt zum Zerfall eines Imperiums

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bedeutet nicht nur das Ende der nach dem Kalten Krieg ausgehandelten kollektiven europäischen Sicherheitsordnung, sondern auch einen beschleunigten Zerfall des russischen Imperiums selbst. Während der Kreml versucht, mit militärischen Mitteln seinen „traditionellen Einflussraum“ abzusichern – ausgehend von der Vorstellung, ohne die Ukraine sei Russland kein Imperium –, und Interessensphären in Europa militärisch zu erzwingen, erreicht er genau das Gegenteil: Russlands Aggression beschleunigt die Erosion der Hegemonialstellung in seiner postsowjetischen Nachbarschaft und damit Moskaus Rolle als globaler Akteur. Es bringt die NATO als wichtigsten sicherheitspolitischen Akteur wieder zurück nach

Europa und hat eine NATO-Norderweiterung um Finnland und Schweden provoziert. Das Land wird technologisch und ökonomisch als Folge der westlichen Sanktionen in den nächsten Jahren weiter zurückfallen und abhängiger von China werden. Damit geht einher, dass Russland zwangsläufig Souveränität einbüßen und mehr Kompromisse mit anderen Akteuren machen muss.

Derzeit deutet alles darauf hin, dass sich das Land eher wie Iran entwickeln wird – und nicht wie China: Es wird aufgrund begrenzter Ressourcen und Isolation nur noch disruptiv und nicht mehr gestaltend wirken können. Da sich das russische System aber gleichzeitig durch seine Adaptionenfähigkeit auszeichnet, ist davon auszugehen, dass es sich noch stärker zu einer „Good enough power“ wandeln wird, sprich technologisch und ökonomisch zwar global zurückfallen, aber dennoch ausreichend Waffen und Menschen haben wird, um seine Interessen zu verteidigen.

Russlands schwindende Hegemonie in seiner Nachbarschaft

Auf absehbare Zeit ist nicht zu erwarten, dass der russische Staat zerfällt, denn Staat und Sicherheitsapparat sind über Jahre systematisch ausgebaut worden. Durch den Verkauf von Rohstoffen, vor allem nach Indien und China, und mit dem Ziel, die Loyalität von Eliten zu erkaufen, fließen weiterhin ausreichend Ressourcen ins Land. Propaganda, Repression und das imperiale Erbe halten Gesellschaft und Eliten zusammen und führen zu kaum sichtbarem Widerstand gegen den Krieg. Putins System legitimiert sich immer stärker über diesen Konflikt, der als Stellvertreterkrieg mit dem Westen propagiert wird. Das Land ist unter Putin auf dem besten Weg zur Diktatur, und da das Regime als revisionistische Macht kaum rote Linien kennt, ist es gefährlicher als die späte Sowjetunion, die eher eine Status-quo-Macht war. Auch auf diesen eklatanten Unterschied und somit die Folgen für den Westen hat Karl Kaiser unmittelbar nach Kriegsbeginn hingewiesen:

„Selbst im Kalten Krieg konnte man von einer gewissen Rationalität der damaligen sowjetischen, russischen Führung ausgehen. Das hat ja während des Kalten Krieges verhindert, dass es zu

einem Krieg gekommen ist zwischen Ost und West. Die Annahme ist gemacht worden, dass das nach wie vor der Fall ist. Aber das ist nicht der Fall, weil die Persönlichkeit von Putin und des Regimes, mit dem er sich umgeben hat, ein anderes Verhalten an den Tag gelegt hat.“³

Eine weitere Folge ist, dass sich die russische Hegemonie in Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien ihrem Ende zuneigt. Dort kann Russland nicht mehr autoritäre Stabilität und damit die regionale Ordnung garantieren. Dies führt dazu, dass es zunehmend von anderen Akteuren herausgefordert wird, mit denen es um Macht und Einfluss konkurriert. Konkret ist das in Zentralasien China, im Südkaukasus die Türkei und in Osteuropa die EU mit ihrer Erweiterungspolitik. Aber auch Iran und einige arabische Staaten sind in Russlands traditionellem Einflussraum aktiver. Postsowjetische Staaten haben mit dem Krieg gegen die Ukraine ihre Sicherheitsperzeption von Russland verändert. Ihr Interesse wächst, Russlands Einfluss stärker auszubalancieren und Abhängigkeiten vom großen Nachbarn abzubauen.

Umgekehrt haben sich Moskaus Interessen gegenüber seinen Nachbarstaaten, allen voran im Südkaukasus und Zentralasien, gewandelt. Das Regime braucht neue Handelsrouten und direkte Zugänge zu seinen wichtigsten Handelspartnern China, Indien und Iran. Gleichzeitig dienen die Mitgliedstaaten der Eurasischen Union, etwa Kasachstan, Kirgistan und Armenien, als Hubs zur Umgehung von Sanktionen. Russland investiert dort verstärkt, und durch eine große russische Migrationswelle seit Kriegsbeginn wächst dort auch der Einfluss von russischem Geld.

Europa braucht Abschreckung, Diplomatie und Strategie

Außerhalb der NATO gibt es für Europa keine Sicherheit mehr. Im Fall der Ukraine heißt dies, dass nur ein NATO-Beitritt des Landes oder wirksame Sicherheitsgarantien zu Verhandlungen und einem Ende des Krieges führen können. Abschreckung ist

3 Vgl. Kaiser, Interview im Deutschlandfunk, 24.02.2022.

kurzfristig das wichtigste Instrument gegen Putins Aggression. Donald Trumps Wahlsieg macht die Stärkung der europäischen Säule in der NATO sowie Investitionen in Europas eigene Verteidigungsfähigkeit noch dringlicher. Schon lange erwarten die USA, dass vor allem große Mitgliedstaaten wie Deutschland mehr Verantwortung für Europas Sicherheit übernehmen, was aufgrund einer Prioritätenverschiebung Washingtons auch geschehen muss. Neben Abschreckung gilt es aber auch, durch Diplomatie und vertrauensbildende Maßnahmen mögliche Überreaktionen zu vermeiden. Zu Recht verwies Karl Kaiser darauf, dass eine Tür für Verständigung offenbleiben müsse:

„Die Politik muss in eine klare Politik der Stärke umgewandelt werden, aber mit einer offenen Tür zur Verständigung, denn es gibt ja auch in Russland Kräfte, die nicht mit dieser Politik einverstanden sind, die Putin verfolgt.“⁴

Deutschland und die EU brauchen gleichzeitig eine mittel- und langfristige Strategie im Umgang mit Russland. Langfristig muss Russland wieder in Europa integriert werden. Dafür bräuchte es aber zuvor einen Regimewechsel, der jedoch nicht in Sicht ist. Da die Einflussmöglichkeiten auf Russland selbst begrenzt sind, muss es mittelfristig systematisch in seiner postsowjetischen Nachbarschaft geschwächt und seine Partnerschaften mit China, Iran und Indien untergraben werden. Hier sollte die EU in Osteuropa, dem Südkaukasus, aber auch in Zentralasien massiv in Infrastruktur investieren, um diese Regionen stärker an Europa zu binden und europäische Normen und Standards zu verankern. Vor allem für die Türkei als Schlüsselland im Südkaukasus und in der Schwarzmeerregion braucht die EU eine Politik, die das Land stärker an Europa bindet, ökonomisch weiter integriert und die Regeln für den Zugang zum Binnenmarkt modernisiert.

Mit Trump im Weißen Haus und dem andauernden Krieg gegen die Ukraine wird die kommende Bundesregierung Europa stärker

4 Ebd.


führen und verteidigen müssen. Voraussetzung dafür ist das, was Karl Kaiser mit Blick auf eine Fehleinschätzung Putins und den Beginn des Angriffskriegs von der westlichen Politik verlangt hat:

„Das erfordert eine Umpolung der Politik und eine Überprüfung, die jetzt in den USA eingesetzt hat, und man hofft, dass dies auch in Europa und auch in Deutschland und der Koalition der Fall sein wird. Eine Überprüfung der alten Annahme. Hoffentlich mit einer Revision der Politik im Gefolge.“⁵



Stefan Meister leitet das Zentrum für Ordnung und Governance in Osteuropa, Russland und Zentralasien der DGAP. Seine Arbeit konzentriert sich auf regionale Ordnungen, postsowjetische Konfliktzonen und die Östliche Partnerschaft der EU.

5 Ebd.



„Die weltweite ökologische Verschlechterung nimmt zunehmende krisenhafte Ausmaße an. Da die wissenschaftlichen Beweise dafür zunehmen, dass das Verbrennen fossiler Brennstoffe eine weltweite Erwärmung verursacht und dass die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen zu einer Verringerung der schützenden Ozonschicht über die Erde führt, wird politisches Handeln in der aller-nächsten Zeit, um diese Emissionen zu verringern, eine Sache des langfristigen Überlebens.“

KARL KAISER, *Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in Europa nach dem Kalten Krieg*, In: Europa-Archiv, 1992

Vordenker der integrierten Sicherheit: Karl Kaisers Blick auf Klimafolgen

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde immer deutlicher, dass die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen erhebliche Risiken mit sich bringt. Wenige im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs jener Zeit hatten dabei Karl Kaisers Weitsicht und begriffen die Bedrohlichkeit und den daraus resultierenden Handlungsdruck.

Mit dem Zerfall der Sowjetunion stellten sich zu Beginn der 1990er Jahre zahlreiche Fragen zur zukünftigen Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur. Es war eine Zeit immenser Umbrüche, die Europa vor große Herausforderungen stellte. Dass sich Karl Kaiser – im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen – bereits damals mit den Auswirkungen der Erderwärmung beschäftigte und damit über den traditionellen sicherheitspolitischen Tellerrand hinausblickte, zeugt von Weitsicht.

In aller Deutlichkeit ordnete er die weltweite Erwärmung als globale Herausforderung ein, die die internationale Stabilität gefährde. Mehr noch, er nannte politisches Handeln zu deren Eindämmung gar „eine Sache des langfristigen Überlebens“. Damit ist sein Zitat aktueller denn je. Mittlerweile erkennen Regierungen vielerorts die sicherheitspolitischen Risiken des Klimawandels als Bedrohung für Stabilität und Frieden an. Und auch, dass diese Risiken nicht isoliert betrachtet werden können. Eine Erkenntnis, die nicht zuletzt auf den geopolitischen Verschiebungen der letzten Jahre beruht. So nutzte die Bundesregierung 2023 in ihrer ersten Nationalen Sicherheitsstrategie den Begriff der „integrierten Sicherheit“ als Rahmen, der sowohl traditionelle als

auch nicht-traditionelle Sicherheitsrisiken umfasst und als miteinander in Verbindung versteht. Darin heißt es: „Weil neue Bedrohungen komplex sind und alle Bereiche von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft treffen, spannen wir unsere Sicherheitspolitik „integriert“ über all diese Bereiche.“ Und weiter: „Unser internationales und sicherheitspolitisches Umfeld wird multipolarer und instabiler und zunehmend geprägt von der existentiellen Bedrohung der Klimakrise.“¹

Früh erkannte Kaiser den Klimawandel als globale Gefahr

Kaisers einfangs aufgeführtes Zitat entstammt einem Beitrag im Europa-Archiv, dem Vorgänger der Zeitschrift „Internationale Politik“, in dem er 1992 die Veränderungen jener Zeit analysierte und mögliche künftige Bedrohungslagen darstellte. Damals zählten nur wenige im sicherheitspolitischen Diskurs die Eindämmung schädlicher Emissionen zur Krisenprävention. Dabei nahmen gerade in diesen Jahren die wissenschaftlichen Belege für die negativen Folgen des menschlichen Eingreifens in das Erdsystem zu. So brachte der Weltklimarat IPCC 1990 seinen ersten Sachstandsbericht heraus und legte damit den Grundstein für die wissenschaftliche Konsensbildung zu den zahlreichen globalen Folgen des Klimawandels. Nur zwei Jahre später wurde 1992 die Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) mit dem Ziel verabschiedet, die Treibhausgaskonzentration in der Erdatmosphäre so zu stabilisieren, dass „Ökosysteme [sich] auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann“.² Unterzeichnet wurde die Konvention im selben Jahr von mehr als 150 Staaten³ auf der

1 Nationale Sicherheitsstrategie, Auswärtiges Amt, 2023, S6, S.22 <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de> (abgerufen am 04.11.2024).

2 Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 9. Mai 1992: <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/convger.pdf> (abgerufen am 02.10.2024).

3 United Nations Treaty Collection, Chapter XXVII, Environment, 7. United Nations Framework Convention on Climate Change, New York, 9 May 1992 (Stand: 08.10.2024): https://treaties.un.org/pages/ViewDetailsIII.aspx?src=TREATY&mtdsg_no=XXVII-7&chapter=27&Temp=mtdsg3&clang=en (abgerufen am 02.10.2024).

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, besser bekannt als Erdgipfel oder Rio-Konferenz.

Wenige Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges war die Rio-Konferenz ein Bekenntnis der Weltgemeinschaft zur internationalen Zusammenarbeit: ein Bemühen, neue und gerechte Wege für eine nachhaltige Entwicklung zum Wohle aller Menschen zu gestalten. Ein Meilenstein dabei war die Anerkennung der Industriestaaten, dass sie eine größere Verantwortung für die Verschlechterung der globalen Umweltbedingungen als die Entwicklungsländer tragen und somit auch eine größere Verantwortung haben, diese anzugehen.⁴ Dieses Prinzip der „common but differentiated responsibilities“ findet sich auch in der Klimarahmenkonvention, ergänzt um den Zusatz „and respective capabilities“.⁵ Bis heute ist das Prinzip eine wichtige Verhandlungsgrundlage bei den jährlichen Weltklimakonferenzen, auf denen sich die Unterzeichnerstaaten der Klimarahmenkonvention treffen. Die erste dieser „Conference of the Parties“ (COP) fand 1995 in Berlin unter der Präsidentschaft der damaligen Umweltministerin Angela Merkel statt.

Die Entwicklungen zu Beginn der 1990er Jahre zeigen, dass schon vor 30 Jahren klar war, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen erhebliche Risiken mit sich brachte. Eine „weltweit ökologische Verschlechterung“ erkannte Karl Kaiser, die „zunehmende krisenhafte Ausmaße an[nimmt]“. Während die Nutzung von FCKWs durch die dezidierte Umsetzung des Montreal-Protokolls in den 1990er Jahren radikal reduziert wurde, wuchs der Ausstoß von Treibhausgasen massiv an und nähert sich erst heute seinem Scheitelpunkt. Mittlerweile ist der Klimawandel kein Zukunftsszenario mehr, Extremwetterereignisse häufen

4 Vereinte Nationen, „Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung“, Abschlussdokument der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung vom 3. bis 14. Juni 1992 in Rio de Janeiro: <https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf> (abgerufen am 02.10.2024).

5 Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen von 1992, Artikel 3, Absatz 1 lautet im englischen Original: „The Parties should protect the climate system for the benefit of present and future generations of humankind, on the basis of equity and in accordance with their common but differentiated responsibilities and respective capabilities. Accordingly, the developed country Parties should take the lead in combating climate change and the adverse effects thereof.“ (<https://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf>, abgerufen am 08.10.2024).

sich, werden intensiver und zerstören Lebensgrundlagen. Der EU-Klimadienst Copernicus berichtete im September 2024 vom heißesten Sommer aller Zeiten. Zudem lag die Erderwärmung erstmals durchschnittlich zwölf Monate lang über 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter.⁶ Fluten historischen Ausmaßes zerstörten ganze Landstriche in Mittel- und Osteuropa, zahlreiche Menschen stehen vor den Trümmern ihrer Existenz.⁷ Klimafolgen sind für Menschen in allen Teilen der Welt nicht mehr eine „Sache des langfristigen Überlebens“, sie kämpfen bereits ums Überleben in der Gegenwart. Durch unzureichende Prävention über Treibhausgasminderungen ist der Klimawandel immer mehr zum Formgeber der globalen Risikolandschaft geworden.

Besonders deutlich wird dies an einem der am kontroversesten diskutierten Themen der Gegenwart: Migration. Die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Migration sind komplex, sie entziehen sich einfacher Erklärungsmuster. Migration, auch im Kontext des Klimawandels, ist in der Regel ein multikausales Phänomen. Folglich gibt es mehrere Faktoren, die Migrationsentscheidungen beeinflussen. Darunter fallen soziale, politische, ökonomische, demografische, aber eben auch umweltbezogene Faktoren.⁸ Klimafolgen verstärken heute diese Treiber in vielen Regionen. So sind beispielsweise Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die oftmals über keine oder nur wenig Rücklagen verfügen, schnell in ihrer ökonomischen Existenz bedroht, wenn veränderte Niederschlagsmuster zu schwindenden Ernteerträgen führen.

Auch Extremwetterereignisse, die durch den Klimawandel häufiger und intensiver werden, können Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Allein im vergangenen Jahr gab es aufgrund

6 Copernicus, „Summer 2024 – Hottest on record globally and for Europe.“ August Climate Bulletins, 06. September 2024: <https://climate.copernicus.eu/copernicus-summer-2024-hottest-record-globally-and-europe> (abgerufen am 02.10.2024).

7 Lukas Fuhr, „Überschwemmung war durch die Erderhitzung doppelt so wahrscheinlich“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.09.2024: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ueberschwemmung-in-osteuropa-war-durch-die-erderhitzung-doppelt-so-wahrscheinlich-110006894.html> (abgerufen am 08.10.2024).

8 R. Black et al., „Migration as Adaptation“, Nature 478, Nr. 7370, Oktober 2011. pp. 447–49: <https://www.nature.com/articles/478477a> (abgerufen am 02.10.2024).

wetterbedingter Katastrophen weltweit 20,3 Millionen Binnenvertreibungen.⁹ Für besonders vulnerable Teile der Bevölkerung, darunter Frauen und Kinder, ältere Menschen oder Menschen mit besonderen Schutzbedürfnissen wie chronisch Kranke, sind Migrations- und Fluchtprozesse mit erheblichen Risiken verbunden. Dies kann weitreichende Folgen für ihr weiteres Leben haben. Für Kinder kann beispielsweise ein erschwerter Zugang zu Bildung die Zukunftsaussichten verschlechtern.

Klima als fester Bestandteil der Außen- und Sicherheitspolitik

Mehr als drei Jahrzehnte, nachdem Karl Kaiser die Erderwärmung als globale Herausforderung für die internationale Stabilität eingeordnet hat, sind Klimafolgen von der Agenda des außen- und sicherheitspolitischen Diskurses hierzulande nicht mehr wegzudenken. So hat die Bundesregierung 2023 eine Klimaaußenpolitikstrategie verkündet, die „[d]ie Bekämpfung der Klimakrise und de[n] Umgang mit ihren Auswirkungen [...] eine zentrale Menschheitsaufgabe dieses Jahrhunderts“ nennt.¹⁰

Wie andere Industrieländer trägt Deutschland eine besondere Verantwortung für die Bekämpfung von Klimafolgen und dafür, dass besonders vulnerable Staaten im Globalen Süden eine Chance auf nachhaltige Entwicklung haben. Die Verantwortung Deutschlands wiegt umso größer, da die globalen Bestrebungen für mehr Klimaschutz in den kommenden Jahren durch die erneute Wahl Donald Trumps in den USA stark belastet werden.

Welchen Stellenwert Karl Kaiser der besonderen Verantwortung von Industrieländern schon damals beimaß, wird in einer 1990 veröffentlichten Studie deutlich, die sich für die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ mit dem Vorschlag einer Klimakonvention befasste. So hielten Kaiser und

9 Internal Displacement Monitoring Centre, „2024 Global Report on Internal Displacement (GRID)“, April 2024: <https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2024/> (abgerufen am 25.07.2024).

10 Die Bundesregierung, „Klimaaußenpolitikstrategie der Bundesregierung“, Auswärtiges Amt, 2023: <https://www.publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/klimaaussenpolitikstrategie-2256906> (abgerufen am 08.10.2024).

seine Co-Autoren fest: „Eine faire und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd zum Schutz der Erdatmosphäre setzt die ökologische Glaubwürdigkeit der Industriestaaten voraus, erfordert eine Ökologisierung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Berücksichtigung neuer Anreize für ökologische Ziele in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit“.¹¹ Auch dieses Zitat zeigt, dass Kaiser seiner Zeit voraus war.

Wenig Zeit, um den Zivilisationsbruch zu verhindern

Die Glaubwürdigkeit von Deutschlands Klimaaußenpolitik ist eng mit seiner Klimainnenpolitik verknüpft. Angesichts haushaltspolitischer Zwänge fehlen vielfach Mittel für die dringend benötigte grüne Transformation des Landes. Eine schlechte Voraussetzung, um anderen Verhaltensempfehlungen zu machen. Kaisers Analysen führen uns die verpassten Chancen der vergangenen Jahrzehnte beim Klimaschutz sowie in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern schmerzhaft vor Augen: Sie hätte anders aussehen können, unsere Erde. Doch auch wenn die Verluste bereits groß sind, kann der Zivilisationsbruch noch verhindert werden. Es beginnen nun die letzten Jahre, in denen die Zukunftsversprechen der ökologischen Vorreiter der 1990er Jahre noch eingelöst werden können.




Mechthild Becker ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Klima und Außenpolitik der DGAP, wo sie sich auf die sozialen Dimensionen des Klimawandels konzentriert. Zuvor forschte sie am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) zu Migrationsdynamiken.



Kira Vinke leitet das Zentrum für Klima und Außenpolitik der DGAP. Sie forscht zu Klimafolgen und gewaltsamen Konflikten, Krisenprävention und Klimamigration. Zuvor arbeitete sie am PIK und war Beraterin der deutschen Regierung für Umweltveränderungen.

¹¹ Karl Kaiser et al., „Internationale Klimapolitik. Eine Zwischenbilanz und ein Vorschlag zum Abschluß einer Klimakonvention“, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, 65, Bonn 1991, Union Verlag, Hrsg. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. und Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie.



»Die Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) ist ungeachtet des Widerstands einiger gesellschaftlicher Gruppen von überragender wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung, denn sie würde nicht nur die Integration der Wirtschaft unter den atlantischen Demokratien vertiefen, sondern eine Vielfalt neuer Regeln festlegen, die sich an Prinzipien liberaler Wirtschaftsordnung orientieren und die auch aufsteigende Wirtschaftsmächte wie China längerfristig binden würden.«

KARL KAISER, *Transatlantische sicherheitspolitische Verantwortung*,
in: *Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert*, 2016

Die wirtschaftliche und geopolitische Bedeutung von TTIP bleibt ungebrochen

Die USA sind unser wichtigster politischer und wirtschaftlicher Verbündeter und werden es auf absehbare Zeit auch bleiben. Auch wenn die EU diese Partnerschaft mit Dialogformaten und transaktionalen Deals weiter stärken muss: TTIP und ein transatlantischer Markt müssen die Vision für die Zukunft bleiben – so wie es Karl Kaiser bereits vor Jahren propagierte.

Das Zitat von Karl Kaiser links stammt aus dem Jahr 2016 und ist acht Jahre später – inmitten zahlreicher geoökonomischer Umbrüche – noch relevanter geworden. Auch wenn sich der wirtschaftliche Schwerpunkt der Welt mit den großen Schwellenländern China und Indien immer weiter Richtung Asien verschoben hat, bleiben Nordamerika und die EU eine zentrale Hauptschlagader der Weltwirtschaft.¹

Die transatlantischen Partner haben bis heute die am stärksten integrierten Wirtschafts-, Handels- und Investitionsbeziehungen der Welt. Wie Karl Kaiser betont, ist „die Verflechtung durch Binnenhandel, Investitionen und Austausch von Know-How [nirgendwo] so intensiv wie hier“. Dies betrifft aber nicht nur die EU als Ganzes, sondern auch die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA: Auch wenn China das wichtigste Importland für Deutschland ist, sind die USA seit 2015 der bedeutendste Markt für deutsche Exporte. Auch bei den Direktinvestitionen bleiben

¹ Karl Kaiser, Transatlantische sicherheitspolitische Verantwortung, in: Internationale Sicherheit im 21. Jahrhundert, 2016 <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.14220/9783737006170.229> (zuletzt abgerufen am 15.11.2024).

die USA die wichtigste Zielregion für deutsche Unternehmen. Daher muss es ein zentrales Anliegen von Deutschland und der EU sein, die Kooperation mit den USA weiter auszubauen, einen transatlantischen Marktplatz zu entwickeln und Handelskonflikte zu vermeiden.

Die auch von Karl Kaiser angesprochene Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die zwischen 2013 und 2016 ohne Abschluss verhandelt wurde und nun auf Eis liegt, scheiterte an beiden Seiten: auf EU-Seite aufgrund der öffentlichen Ablehnung – insbesondere in Deutschland – von Chlorhühnchen und den Investor-Staat-Schiedsgerichten (ISDS), gekoppelt mit einer Angst vor den Amerikanern, sowie auf US-Seite aufgrund der mangelnden Öffnung der Agrarmärkte und schließlich der Wahl von Präsident Donald Trump – um nur einige Stichpunkte zu nennen.

Eine wie auch immer ausgestaltete TTIP 2.0 ist in weite Ferne gerückt, auch wenn dieses Ziel bis heute erstrebenswert ist: Es wäre der erste Schritt in Richtung eines transatlantischen Marktplatzes, der (im Rahmen der „atlantischen Demokratien“) Standards gesetzt hätte, die aufgrund der wirtschaftlichen Stärke beider Partner leicht zu globalen Standards geworden wären. Gleichzeitig hätte sich durch eine Öffnung des Agrarsektors, der Dienstleistungen und des öffentlichen Auftragswesens sowie durch gemeinsame Forschung die Wettbewerbsfähigkeit beider Regionen deutlich verbessert.

Zudem hätten durch TTIP viele aktuelle Probleme in den transatlantischen Beziehungen vermieden werden können. Die Auswirkungen von Trumps America-First-Strategie wären sicherlich auch mit einem Abkommen spürbar geworden. So wurden die Stahl- und Aluminiumzölle, die er im März 2018 auf Basis der nationalen Sicherheit (Sektion 232 des Handelsgesetzes von 1962) gegen zahlreiche Handelspartner erließ, auch gegen die Freihandelspartner (FTA-Partner) Kanada und Mexiko erlassen. Ein erfolgreiches TTIP hätte jedoch unter US-Präsident Joe Biden

zu weniger Spannungen und einer engeren Partnerschaft geführt. Mit der EU als Partner hätte Biden durch transatlantische Standards und einen gemeinsamen Markt deutlich mehr Einfluss und eine stärkere Verhandlungsmacht gegenüber China gehabt. Es wäre für China sehr viel schwieriger geworden, die transatlantischen Partner gegeneinander auszuspielen.

Zudem hätte der Inflation Reduction Act (IRA), der 2022 verabschiedet wurde, weniger diskriminierende Elemente gegenüber eines Freihandelspartners EU. Das 738 Milliarden Dollar schwere Investitionsprogramm beinhaltet, das unter anderem Investitionen in den USA in grüne und saubere Energie sowie umweltfreundliche Güter fördern will, Steuergutschriften für elektronische Fahrzeuge (EVs), die nur amerikanischen oder FTA-Partnern zugutekommen. So hätte die EU – unter einem potenziellen TTIP – die Steuergutschrift in Bezug auf kritische Mineralien für EVs in Anspruch nehmen können. Die USA und die EU-Kommission verhandeln seit März 2023 an einem „Critical Minerals Agreement“, um diese Lücke zu schließen. Bislang jedoch ergebnislos.

Ein TTIP bleibt in weiter Ferne

Im Rahmen der aktuellen US-Handelspolitik ist ein TTIP 2.0 nicht mehr denkbar. Seit der Präsidentschaft von Donald Trump im Jahr 2016 hat sich die Handelspolitik der USA grundsätzlich gewandelt. Und auch wenn sein Nachfolger Joe Biden immer wieder die Bedeutung von Partnern wie Deutschland und der EU betont, hat sich die amerikabezogene Handelspolitik fortgesetzt – nur mit freundlicherem Ton. Neben dem großen Schwerpunkt in Bezug auf China besteht auf bilateraler Ebene kein Interesse an umfassenden Handelsabkommen. Unter Trump gab es Deals zugunsten der USA, unter Biden informelle Dialogformate wie der Transatlantische Handels- und Technologierat (TTC) oder das Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF).

Aber auch von europäischer Seite bleibt es trotz Reformen in der Handelspolitik (Stakeholder Outreach, Abschaffung des ISDS)

unklar, ob die europäische Bevölkerung für ein solches Abkommen gewonnen werden könnte. Zudem stemmen sich große Mitgliedstaaten wie Frankreich zunehmend gegen FTAs und neue Marktöffnung (in erster Linie aufgrund ihrer Agrarinteressen). Diese Ablehnung würde durch ein Abkommen mit den USA leicht erneut aufflammen. Die Abkehr von Marktöffnung und FTAs hin zu Wirtschaftssicherheit und Handelsschutzmaßnahmen („trade defense“) wird auch in der neuen EU-Kommission deutlich: So hat der neue Handelskommissar Maroš Šefčovič neben Handel vor allem auch die Wirtschaftssicherheit im Portfolio. Und letzteres wird sicherlich mehr Zeit in Anspruch nehmen als umstrittene FTA-Verhandlungen.

TTIP 2.0 oder die Suche nach einem Second Best


Die USA bleiben unser natürlicher Partner, auch unter einem Präsidenten Donald Trump. In seiner zweiten Amtszeit werden die transatlantischen Handelsbeziehungen protektionistisch geprägt sein. Die EU und vor allem Deutschland werden nicht mehr als Partner gesehen und die Erhebung von Zöllen ist eine sehr wahrscheinliche Option. Allerdings hat sich gezeigt, dass Trump an kurzfristigen „Deals“ interessiert ist. Diese Art der „transaktionalen“ Handelspolitik müssen Deutschland und die EU nutzen, um protektionistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Dies bedeutet kein TTIP 2.0, könnte aber beispielsweise Zollsenkungen auf Industrieprodukte beinhalten. Auch in Bezug auf China müssen sich die EU und Deutschland als Partner anbieten. So kann eine stärkere Abstimmung bei Investment Screening und Exportkontrollen angeboten werden.

Die EU muss sich auch Trump als Partner anbieten

Auch unter Präsident Trump bleiben die USA unser wichtigster politischer und wirtschaftlicher Verbündeter. In Abwesenheit von TTIP muss die EU daher die Zusammenarbeit suchen und durch Dialogformate (TTC) oder transaktionale Deals die Partnerschaft stärken. TTIP und ein transatlantischer Markt muss jedoch unsere Vision für die Zukunft bleiben, wie es Karl Kaiser bereits 2016 propagiert hatte.



Claudia Schmucker leitet das Zentrum für Geopolitik, Geoökonomie und Technologie der DGAP. Ihre Forschungsschwerpunkte sind globale Handelsbeziehungen, transatlantische Wirtschaftsbeziehungen und europäische Außenhandelspolitik.



»Dennoch dürfte die These zutreffen, daß Internet und die neue Informationstechnologie insgesamt die bestehende Machtordnung eher vertiefen als in Frage stellen.«

KARL KAISER, *Wie verändert das Internet die Weltpolitik?*,
in: Jahrbuch Internationale Politik 1997/1998. Band 23, 2000

Deutschlands technologische Einflussosphäre im Wettbewerb der Großmächte

Digitalisierung spielt eine zunehmende Rolle in der Außenpolitik. In einer Welt, die sich immer mehr in eine amerikanische und eine chinesische Einflussosphäre spaltet, sollte Deutschland schnellstmöglich Allianzen in Europa und Asien schmieden. Mit geeinten Kräften der Tech-Mittelmächte könnte die Instrumentalisierung digitaler Infrastruktur durch Großmächte abgeschwächt werden.

Als Karl Kaiser um die Jahrtausendwende und damit recht früh zu den Auswirkungen des Internets auf die globale Ordnung schrieb, war die Welt eine andere – politisch und technologisch. Und dennoch erkannte er bereits damals, welche tiefgreifenden Folgen für die Weltpolitik das Internet und die Technologie mit sich bringen würden. Was Letzteres angeht, war die Welt damals eine große Tech-Sphäre der USA. US-Unternehmen wie Microsoft, Cisco oder Intel hatten größtenteils keine Konkurrenz, wenn es um Hard- und Software ging. In China hingegen hatte damals gerade 0,7 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet. 1998 war dann auch das Jahr, in dem China begann, seine Tech-Sphäre aufzubauen. Der Volksrepublik gelang dies am Anfang vor allem durch das Unterbieten von Preisen westlicher Unternehmen und den Diebstahl geistigen Eigentums. An erster Stelle stand jedoch die Digitalisierung des heimischen Überwachungsstaates. In den vergangenen 26 Jahren hat es China geschafft, Technologieunternehmen wie TikTok und Huawei aufzubauen, die zu globalen Schwergewichten geworden sind.

Heute leben wir in zwei Einflussphären – einer amerikanischen und einer chinesischen, die sich immer stärker voneinander abgrenzen und dennoch oft überlappen. Eine Tech-Sphäre gibt einem Staat einen privilegierten Zugang zu technologischen Systemen, so wie es derzeit bei den USA mit Blick auf die Telekommunikationsunternehmen Cisco der Fall ist und bei China bezüglich Huawei-Routern, die exportiert werden.

Nur: Wo bleibt Deutschland, die drittgrößte Volkswirtschaft hinter den USA und China? Was ist mit seiner Tech-Sphäre?

Deutschlands verborgene Tech-Sphäre

Im Vergleich zu den USA und China liegt Deutschlands Tech-Sphäre oft noch im Verborgenen, denn hiesige Unternehmen, wie zum Beispiel Infineon, sind stärker im Business-to-Business-Bereich präsent als auf dem Gebiet der Konsumgüter, wo wiederum Apple, Dell oder Lenovo bei Konsument:innen große Bekanntheit genießen. So rückten deutsche Technologien in den Blick der Öffentlichkeit, als der erste destruktive Cyberangriff der Geschichte stattfand: Die USA und Israel legten in den Jahren 2009 bis 2010 Zentrifugen des nuklearen Anreicherungsentrums im iranischen Natanz lahm. Das industrielle Kontrollsystem, das von den USA für den Angriff unterwandert worden war, stammte von Siemens. Den Angriff bereiteten die USA mit Siemens-Testgeräten vor. Diese kannten sie in- und auswendig. Wie dieses Beispiel zeigt, finden sich deutsche Technologien in den abgelegensten und auch kritischsten Orten der globalen Sicherheitsordnung wieder.

Stellt man sich Tech-Sphären vor, denkt man oft an fest verbaute technologische Infrastrukturen. Kanada befindet sich etwa in der US-Tech-Sphäre, während Kambodscha in der chinesischen liegt. Dies liegt daran, dass Kanada überwiegend US-Soft- und Hardware benutzt, Kambodscha dagegen stark auf 5G und andere Technologien von Huawei setzt, das heißt, dass ein großer Teil der Internet-Infrastruktur von China gebaut und beliefert wurde. China hat dort privilegierten Zugang zu Systemen.

Über dieser starren Schicht der Tech-Sphäre befindet sich jedoch eine bewegliche Schicht. Es geht um Handys, Laptops und Drohnen, die sich ständig bewegen. Folglich werden Tech-Sphären undurchschaubarer. Hier mischt Deutschland vermehrt mit, vor allem und zunehmend durch vernetzte Autos. Insgesamt mehr als 8,5 Millionen deutsche Fahrzeuge erhalten heutzutage Over-the-Air Software Updates: Volkswagen ID (um die 400.000+ Stück) sowie Mercedes S-Klasse, EQE und EQS (700.000 Stück) und BMW (7,5 Millionen Stück). Vernetzte Autos halten sich hauptsächlich in einer Tech-Sphäre auf, sprich in einem Land. Sie können aber problemlos Ländergrenzen überqueren. Ein vernetzter Mercedes kann sich in den Kreisen der nordkoreanischen oder iranischen Elite wiederfinden und somit eine kleine Insel technologischen Einflusses in diesen Ländern eröffnen, welche für das Ausspähen von Informationen genutzt werden könnte.

Machtmissbrauch von Großmächten verhindern

Deutschlands technologischer Einfluss bringt besondere Verantwortung für die Sicherheit von Systemen weltweit mit sich. Der privilegierte Zugang zu eigenen Technologien sollte von Deutschland auch zukünftig nicht dazu genutzt werden, um Informationen im Ausland auszuspähen. Stattdessen sollte es seine technologischen Kapazitäten, die durch Firmen wie Bosch, Siemens, VW und Mercedes vorhanden sind, so verwenden, dass der Machtmissbrauch durch China und die USA verhindert wird. Jedes vernetzte Auto, jeder Kühlschrank, jedes industrielle Kontrollsystem für Windenergie oder Fabriken ist ein Gerät mehr, das nicht von anderen Staaten hergestellt wurde und somit auch nicht so leicht von ihnen unterwandert werden kann.

Als sekundäre Technologiemacht kann Deutschland zwar nicht denselben großen technologischen Einfluss in anderen Ländern ausüben, wie es die USA und China tun. Dennoch ist es ein Pivotal State. Gemeinsam mit weiteren sekundären Technologiemächten, darunter Frankreich, den Niederlanden, Japan, Südkorea und Taiwan, sollten die Regierenden in Berlin daran arbeiten, dass

in Afrika, Südostasien sowie anderen Regionen Technologieinfrastruktur entsteht, die nicht von vornherein unterwandert ist. Mit Samsung, Sony, Hitachi, dem Halbleitergiganten TSMC, Schneider Electric, ASML, Fujitsu, Honda, Infineon, Miele und anderen Schwergewichten hätten Deutschland beziehungsweise Europa und ihre Verbündeten global das Potenzial, die Instrumentalisierung von Technologie durch Großmächte abzuschwächen und mehr Sicherheit und Vertrauen in die digitale Infrastruktur zu schaffen.

Um die Sicherheit eigener Produkte zu gewährleisten, sollten deutsche Unternehmen garantieren, dass Software und vernetzte Hardware-Komponenten, die in Joint Ventures mit chinesischen Unternehmen entwickelt wurden, sich auf keinen Fall im Ausland wiederfinden. Dies ist derzeit nicht gewährleistet. Volkswagen arbeitet bei der Entwicklung von Software eng mit XPENG zusammen, einem chinesischen Elektrofahrzeughersteller. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Software unsicher und unterwandert ist. China verlangt durch die eigene Gesetzgebung Zugang zu Daten und Systemen, die für den chinesischen Markt entwickelt werden, um komplette Überwachung zu ermöglichen. Autos, die in einer Joint Venture mit XPENG produziert und exportiert werden, fallen unter diese Kategorie. Auch wenn diese Autos exportiert werden, kann die Sicherheit dieser Daten nicht gewährleistet werden.

Deutsche Tech-Kräfte mit Partnern bündeln und stärken

Die Tech-Sphäre Deutschlands beruht stark auf seinen traditionellen Stärken in der Hardware. Diese wurden auch kürzlich durch die Halbleiter-Niederlassung und Synergien mit TSMC in Dresden vertieft. Die Zusammenarbeit mit China im Software-Bereich kann allerdings zu erheblichen Sicherheitsverlusten führen, denn dabei wird der technologische Einfluss mit China geteilt. Falls Deutschland nicht umgehend eigene Stärken im Software-Bereich aufbaut, wenn nötig mit Alliierten und Partnerstaaten, wird sein technologischer Einfluss schwinden. Das Beispiel von Volkswagens Partnerschaft mit Rivian, einem kalifornischen

Unternehmen, um Software für elektrische und zunehmend autonome Fahrzeuge zu entwickeln, ist hierbei richtungsweisend.

Karl Kaisers Aussage, dass das Internet bestehende Machtordnungen verfestigt, ist auch heute noch zutreffend und vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungen relevanter denn je. Trotz Chinas rasantem Wachstum bleiben die USA auch 24 Jahre später führend bei Informationstechnologien. Gerade im Hinblick auf die erneute Präsidentschaft Donald Trumps und die zu erwartenden Schwierigkeiten in den transatlantischen Beziehungen muss Deutschland seine Kräfte dringend mit anderen verbündeten Tech-Mächten bündeln und stärken. Ansonsten riskiert es, auf absehbare Zeit eine zweitrangige Technologiemacht zu bleiben und als Verlierer aus dem Großmächte Wettbewerb zu gehen.



Valentin Weber ist Senior Research Fellow im Zentrum für Geopolitik, Geoökonomie und Technologie der DGAP. Seine Forschungsschwerpunkte sind Cybersicherheit, die Entstehung von Cybernormen und die geopolitischen Dimensionen des Cyberspace.

»Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass nach der Zeitenwende noch eine Politikwende möglich ist.«

Mitte November 2024, am Rande der American-German Conference an der Harvard Kennedy School, sprechen Karl Kaiser und die ehemalige DGAP-Direktorin Cathryn Clöver Ashbrook über die politischen Folgen der Trump-Wahl und Deutschlands geopolitische Verantwortung. Sie beleuchten die Zeitenwende, die Rolle der DGAP als Impulsgeber für faktenbasierte Politik und die Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik.



Das folgende Interview ist ein Auszug aus einem längeren Gespräch, das Sie hier vollständig lesen können:
→ <https://dgap.org/de/KarlKaiser-Interview-Deutschland-Zeitenwende-Verantwortung>

Cathryn Clüver Ashbrook Wir treffen uns nur zehn Tage nach der US-Wahl – Donald Trump hat gewonnen, mit gesicherten Mehrheiten im Senat und im Repräsentantenhaus und einer knapp verpassten Mehrheit des Popular Vote, also der eigentlichen Wählerstimmen. Was bedeutet dieses Ergebnis für die transatlantischen Beziehungen?

Karl Kaiser Ich ziehe zwei wichtige Schlussfolgerungen: Erstens sprengt die Trump-Wahl den Rahmen der Zeitenwende in einem fundamentalen Sinn, indem die Wende eine gesamtgesellschaftliche werden muss, verschiedene Politikbereiche einzubeziehen hat und damit auch die Bundesrepublik vor die größte Herausforderung seit ihrer Gründung 1949 stellt. Das bedingt übrigens auch, dass die politische Klasse nur überleben kann, wenn sie diese Wende vollzieht.

Der zweite Punkt ist, dass ungeachtet der zum Teil schockierenden Rezepte, die aus Washington kommen, sowohl Deutschland auf nationaler Ebene wie die Europäische Union auf allen Ebenen auf die neue Regierung zugehen müssen, um auszuloten und zu aktivieren, was an Kooperation in beiderseitigem Interesse ist. Im sicherheitspolitischen Bereich muss vor allem ein Punkt gegenüber Washington klargemacht werden: Ein Sieg Russlands in der Ukraine begünstigt China. Das ist ein Argument, das bei der Trump-Regierung von großer Bedeutung ist und letztlich auch für den Westen insgesamt, denn die Zentralfrage der Zukunft ist nicht die Auseinandersetzung des Westens mit Russland, sondern zwischen dem Westen und China.

CCA Aus unserer geopolitischen und geoökonomischen Sicht muss Deutschland mit der Trump-Regierung zusammenarbeiten. Wo sind die größten Herausforderungen für das deutsche Verfassungsbewusstsein und die vielbeschworene deutsche Verantwortung?

KK Ungeachtet der Unterschiede muss man pragmatisch vorgehen und die eigentlichen langfristigen Ziele im Auge behalten,

wenn man mit einem Partner umgehen muss, mit dem man viele andere Ziele nicht mehr teilt, sondern sie ablehnt. Letztlich sind die langfristigen Ziele die überragenden. In dieser Hinsicht gibt es gewisse Werte, die mit der Gründung der Bundesrepublik zutiefst verwurzelt sind und zu denen Amerika wesentlich beigetragen hat. Sie sind auch die Basis der Europäischen Union und der Versöhnung unter den Völkern Europas, die Amerika immer unterstützt hat. Letztlich geht es darum, dass man die Zähne zusammenbeißt und diese Periode durchsteht, weil es um die Zukunft des Westens geht und darum, dass Deutschland in dieser Situation die Probe besteht.

CCA Das Führungsvakuum in Europa scheint immens. Wie blickst Du in diesem Kontext auf die Bundestagswahl 2025?

KK Um einen Spruch von Frau Baerbock zu variieren – die Antwort auf „America First“ lautet „Europe United“ – und auf deutscher Ebene „große Koalition“ sowie ein Einvernehmen großer, demokratischer Parteien, um die zentralen Fragen der fundamentalen Wende gemeinsam zu bewältigen. Und dabei auch den Mut zu haben, Unpopuläres zu erklären und dann auch in Maßnahmen umzusetzen. Das ist der Kern der Wende: dass die demokratischen Parteien jetzt den Mut haben, aus der neuen Lage die Konsequenzen zu ziehen.

CCA Wir wissen spätestens seit den 1990er Jahren, wie man sich im sicherheitspolitischen Kontext hätte vorbereiten können – und dazu kommen jetzt strukturelle Nöte, die sich aus einer prekären wirtschaftlichen Lage ergeben. Was ist da schiefgelaufen? Was sollte die DGAP jetzt tun, um diesen Eindruck zu drehen?

KK Es ist ein Fehlschlag der politischen Klasse. Sie ist dafür verantwortlich, es nicht thematisiert zu haben. Es ist ein Kommunikationsversagen. Es fehlt nicht an der Wahrnehmung der Problematik, aber die Fähigkeit, Kompromisse zu finden – wie es die Nachkriegspolitik auszeichnete – hat nachgelassen. Die Polarisierung der Parteien führt dazu, dass man das Gesamtbild nicht

mehr sieht, sondern nur Parteiinteressen. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass nach der Zeitenwende noch eine Politikwende möglich ist – aber dafür braucht es Mut, die Realitäten anzuerkennen. Lässt man den Dingen ihren Lauf, droht eine katastrophale Entwicklung in Deutschland, Europa und dem Westen. Kein europäisches Land spielt hier eine so zentrale Rolle wie Deutschland. Wenn Deutschland als zentrale Macht in Europa keinen angemessenen Beitrag leistet, ist eine europäische Lösung nicht möglich, und der Westen wird nachhaltig geschwächt.

»Es fehlt nicht an der Wahrnehmung der Problematik, aber die Fähigkeit, Kompromisse zu finden, hat nachgelassen.«

Die DGAP kann den Parteien helfen, die unpopulären Themen klar zu erkennen, zu formulieren und Vorschläge sowie Antworten zu geben – aus der Freiheit einer unabhängigen und überparteilichen Institution. Da sehe ich die zentrale Aufgabe der DGAP in den kommenden Jahren: dies zu tun und dabei nie zu vergessen, dass der Kompass einer pro-europäischen und pro-atlantischen Richtung immer beachtet werden muss. Es gibt letztlich keine Antwort auf diese Fragen ohne die Bindung an die europäischen Partner und immer den Versuch, die Bindung an Amerika zu erhalten und zu vertiefen – egal wie schwierig das auch sein mag. Diese Bindung kann auch ein Präsident Trump nicht zerstören.

CCA In Deiner Vergangenheit hast Du überparteilich immer wieder zu gemeinsamen Lösungen motivieren können. Jetzt haben wir auch Herausforderungen im deutschen Wirtschaftssystem. Alles, was Deutschland früher gestärkt hat – die rasante Globalisierung und ein rechtsstaatlich geschütztes System, abgesichert durch einen amerikanischen Schutzschild –, schwächtelt jetzt. Welche Rolle spielt die deutsche Wirtschaft in der Formierung von Deutschlands Rolle in der Welt?

KK Die Globalisierung ist nicht am Ende, sie verändert nur ihre Struktur. Das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell

bleibt relevant; es geht darum, sich anzupassen und Abhängigkeiten von Ländern wie China zu reduzieren. Es gibt neue Möglichkeiten, besonders in Afrika und anderen Teilen Asiens, und das ist Sache der Wirtschaft mit Unterstützung der Politik. Die deutsche Wirtschaft bleibt der Motor der Europäischen Union. Vom Erfolg einer Reform des deutschen Wirtschaftsmodells hängt die Zukunft der EU ab.

»Das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell bleibt relevant.«

CCA Implizit landen wir beim Thema von Mario Draghi – einer größeren Vergemeinschaftung. Eine Chance, das zu realisieren, wovon Du und Stanley Hoffmann an Harvard immer gesprochen habt, etwa in der Verteidigungspolitik und durch gemeinsame Schulden.

KK Es braucht einen großen Wurf. Die Deutschen müssen veraltete Vorstellungen über das Budget aufgeben und, weil Deutschland kreditwürdig ist, einen Fonds auflegen, der Innovationen in Deutschland und Europa dient. Die Welt erwartet das von Deutschland.

CCA Du hast das Thema Mut und Risikobereitschaft schon angesprochen. Aus Deiner Erfahrung mit europäischen und deutschen Politikern sowie mit transatlantischen Partnern: Woher kommt dieser Mut? Entsteht er nur aus äußeren Sachzwängen? Warum ist Deutschland so risikoavers?

KK Der Mut muss aus der Einsicht in die Notwendigkeit zu handeln genährt werden, und diese Einsicht gewinnt man nur durch Auseinandersetzung. Das kann nicht im zwischenparteilichen Streit geschehen, sondern durch das Zusammenspiel einer akademischen, unabhängigen Elite mit der politischen Elite – etwas, das wir in der DGAP seit ihrer Gründung immer angestrebt haben, um Ideen in den politischen Prozess einzuspeisen. Das war auch die Idee der „bipartisanship“ (Überparteilichkeit), die wir aus den USA und Großbritannien übernommen haben, dank unseres

Mitgründers Wilhelm Cornides. Diese Tradition wurde fortgeführt, auch unter Karl Carstens und unter meiner Leitung, um den Erfolg in der Außenpolitik zu fördern. Das braucht Gremien, Diskussionen und Dialog – auch über Parteigrenzen hinweg und manchmal mit Parteien am Rande des Akzeptablen.

CCA Wenn Du an Deine Zeit bei der DGAP zurückdenkst, welche Räume und Gespräche waren da besonders wichtig für die außenpolitische Ausrichtung?

KK In den frühen Jahren waren es vor allem die Studiengruppen, in denen Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung zusammenkamen. Dort wurden oft keine Ergebnisse veröffentlicht, sondern jeder nahm die Einsichten mit in seinen Bereich. Das trug dazu bei, dass sich eine strategische Community entwickelte und die Ideen in den politischen Prozess einfließen. Zwei Beispiele: Die Studiengruppen diskutierten die Anerkennung der DDR kontrovers – Pro und Contra – und das hat nie die Öffentlichkeit erreicht. Es wurden Ideen entwickelt, wie man mit dem anderen Teil Deutschlands umgehen könnte. Ein anderes Beispiel war die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Auch das war kontrovers, vor allem für die konservativere Bevölkerung. Doch die DGAP leistete hier einen großen Beitrag zum zivilen Dialog, der schließlich unter Helmut Kohl zur endgültigen Ratifizierung führte.

CCA Zäsur-Momente und Entscheidungspunkte gab es in Deiner Bonner und Berliner Zeit bei der DGAP viele – politisch und strukturell für die Gesellschaft. Welche Momente waren prägend?

KK Prägende Momente ... Ja, die DGAP wurde immer von gesellschaftlichen Kräften, allen voran der Wirtschaft, getragen. Zu Beginn waren es die Stahlindustrie und Banken. Mit der Veränderung der deutschen Wirtschaft hat sich das breiter aufgestellt, aber diese Verflechtung bleibt das Lebenselixier der Gesellschaft. Zwei Ereignisse waren für mich besonders prägend. Das erste war 1981, als wir gemeinsam mit dem American Council on

Foreign Relations, dem französischen Institut français des relations internationales und Chatham House in London die Studie zur „Sicherheit des Westens“ in den drei Sprachen veröffentlichten. Diese wurde sogar in Peking und Moskau übersetzt und fand großes Echo in Deutschland. Die zentrale Idee darin war, dass neben Großbritannien und Frankreich auch Deutschland eine entscheidende Rolle in Europa einnehmen muss. Natürlich erhoben sich einige Politologen und andere Stimmen und nannten das „Kanonenbootdiplomatie“. Aber insgesamt löste das eine gewaltige Diskussion aus.

Ein zweiter besonders bewegender Moment war dann das 40-jährige Jubiläum der DGAP, als Bundespräsident Roman Herzog, bekannt für seine unkonventionellen und notwendigen Aussagen, erklärte, dass das „Trittbrettfahren“ zu Ende sei.

CCA Im modernen Thinktank-Verständnis stellt sich oft die Frage: Kommt zuerst die Empirie und dann das Engagement mit Entscheidern? Du hast lange in Harvard und anderen Forschungsinstitutionen gearbeitet. Dein Ansatz ist eher angelsächsisch, wo man mit politischen Akteuren zusammenarbeitet und auf dieser Basis – gestützt von Wissenschaft und eigener Forschungsarbeit – Publikationen oder Handlungsempfehlungen entwickelt, die umgesetzt werden können. In deutschen Universitäten und Thinktanks hat Forschung oft den Vorrang. Was würdest du Thinktanks im europäischen Kontext empfehlen?

KK Im Grunde genommen hast Du die Antwort bereits in deiner Frage formuliert. Entscheidend ist, dass Akteure, die Einfluss haben und Politik gestalten, sich mit Experten zusammensetzen, Probleme identifizieren und Lösungsvorschläge entwickeln, die nutzbar sind. Wichtig ist der Prozess, denn vieles wird nicht veröffentlicht, sondern in die tägliche Arbeit mitgenommen. Es geht darum, relevante Themen zu erkennen und deren Verknüpfungen zu anderen Fragen zu verstehen – etwa die Verbindung von digitalen Themen und Außenpolitik oder KI und Außenpolitik.

Amerikanische Thinktanks haben diese Techniken zur Perfektion entwickelt und gestalten ihre Kommunikation effektiv, wobei sie verschiedene politische Meinungen berücksichtigen. Kurze, prägnante Berichte sind wichtig, ohne längere Publikationen auszuschließen, wenn sie notwendig sind. Der Adressat muss immer im Fokus stehen.

CCA Besonders in Bonn und in Harvard hast Du Dich auf die Ausbildung der nächsten Generation konzentriert. Was ist aus Deiner Sicht wichtig für die Akquise und Förderung neuer Talente?

KK Die Gründung der Jungen DGAP war ein wichtiger Schritt, den man weiter ausbauen kann, sodass die Junge DGAP mit ihrer Arbeit mehr in die Öffentlichkeit wirkt. Außerdem sollten die Universitäten in Deutschland die Politikwissenschaft stärker praxisorientiert lehren, was durchweg nicht der Fall ist. Die DGAP sollte weiter daran arbeiten, den Elfenbeinturm der deutschen Wissenschaft zu durchbrechen, damit Studierende die Universität mit einem fundierten Verständnis der globalen Zusammenhänge verlassen.

»Die DGAP sollte weiter daran arbeiten, den Elfenbeinturm der deutschen Wissenschaft zu durchbrechen.«

CCA In Deiner aktiven Zeit – besonders auch in Bonn – hat sich aber gerade durch das aktive Zutun der DGAP einiges bewegt. Was waren die größten Erfolge?

KK An erster Stelle steht für mich, dass die DGAP vielen Menschen ermöglicht hat, mit Sachkenntnis über Außen- und Sicherheitspolitik nachzudenken und zu diskutieren. Über die Jahrzehnte hinweg hat sich eine strategische Community in Deutschland herausgebildet. Die Aussage, dass es keine deutsche strategische Community gäbe, ist Unsinn – sie existiert und ist umfangreicher als in Ländern wie Frankreich oder Großbritannien.

Zweitens hat die DGAP einen außenpolitischen Stil geprägt. Über Jahre haben wir in vertraulichen Gesprächen kontroverse

Positionen sachlich diskutiert, was auch eine langfristige Wirkung auf den Diskussionsstil unter Politikern hatte.

Drittens haben wir neue Themen in die wissenschaftliche und öffentliche Debatte eingeführt, etwa die Nichtverbreitung von Kernwaffen, Umwelt, Weltraumpolitik, wirtschaftliche Sicherheit und außenpolitische Entscheidungsstrukturen. Diese Themen sind heute in Deutschland etabliert, aber das war damals nicht der Fall. Auch jetzt muss die DGAP Themen wie Künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Klimaveränderung oder neue Kriegstechniken und ihre Relevanz für die Außenpolitik aufgreifen.

Die Kooperation mit gleichgesinnten Institutionen im Westen wurde zur Normalität, etwa mit dem Ifri in Paris, dem italienischen Istituto Affari Internazionali, Chatham House und mit amerikanischen Instituten. Diese Zusammenarbeit hat Tradition und darf nicht verloren gehen. Viele Themen müssen wir gemeinsam mit Schwesterinstituten angehen, insbesondere EU-relevante Themen.

CCA Diese partnerschaftlichen Entwicklungen gewinnen natürlich zusätzliche Dringlichkeit, wenn Länder wie Südkorea, Japan und Australien zu NATO-Gipfeln eingeladen werden und sowohl qua Geografie im Systemwettlauf mit China, aber auch in der Frage der nachhaltigen Sicherheit für die Ukraine eine Rolle spielen. Wenn im Systemwettkampf das System nicht mehr klassisch westlich gesehen werden muss, ergeben sich auch in der Think-tank-Welt neue Möglichkeiten der erweiterten Zusammenarbeit. Wie könnte die DGAP darüber nachdenken?

KK Man kann nicht jede Kooperation so intensiv gestalten wie mit EU-Schwesterinstituten, aber es wird immer wieder Themen geben, bei denen eine Zusammenarbeit mit australischen, koreanischen, japanischen und anderen Partnern sinnvoll ist. Auch Afrika darf nicht vergessen werden. Im Zuge der Bemühungen der deutschen Wirtschaft, die Abhängigkeit von China zu verringern, muss der Austausch mit Afrika gestärkt werden, insbesondere im

Track-Two-Bereich, der in der Kooperation mit afrikanischen Ländern stark unterentwickelt ist.

CCA Im nächsten Jahr wird die DGAP 70 Jahre alt – was würdest Du ihr wünschen? Was sollte sie noch mehr tun?

KK Ich wünsche der DGAP vor allem eine nachhaltige Unterstützung aus der deutschen Gesellschaft, insbesondere aus der Wirtschaft, damit sie als permanente Institution arbeiten kann und nicht von kurzfristigen Budgetentscheidungen abhängig ist. Deutschland schuldet dieser Institution Stabilität, ähnlich wie der Council on Foreign Relations in New York und Chatham House in London Institutionen ihrer Länder sind.

Außerdem wünsche ich der DGAP, dass sie die verlässliche, faktenorientierte Analyse fortsetzt und ein Vorbild bleibt in einer Zeit, die von Fake News geprägt ist.



Cathryn Clüver Ashbrook ist Senior Advisor im Programm „Europe’s Future“ der Bertelsmann Stiftung. Als Expertin für transatlantische Beziehungen und US-Politik leitete sie über ein Jahrzehnt Forschungsprogramme in Harvard und war Direktorin der DGAP.

Dieses Gespräch ist eine gekürzte Version eines zweistündigen Austauschs mit Karl Kaiser. Seit fast 20 Jahren schätze ich Karls tiefgreifende Erfahrung im Politikbetrieb und in der wissenschaftlichen Analyse. Er ist nicht nur ein exzellenter Sparringspartner, sondern auch ein vorausschauender Mentor. Gemeinsam haben wir an der Harvard Universität viel gestaltet: Lehre vorangetrieben und Forschungsprogramme aufgebaut, um die nächste Generation auf die komplexen Fragen unserer Zeit vorzubereiten. Neben seiner Klarheit schätzen wir alle Karls menschliche Wärme und seinen großartigen Humor. Aus unserer Zusammenarbeit ist eine wertvolle Freundschaft entstanden. Herzlichen Glückwunsch, Karl, zu diesem Jubiläum und deiner Lebensleistung!

Professor Karl Kaiser

Geboren am 8. Dezember 1934 in Siegen

Verheiratet mit Deborah Strong (USA); drei Kinder

AUSBILDUNG

1954–1958 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Köln (Diplom-Kaufmann)

1958–1959 Graduiertenstudium der Politikwissenschaft an der Universität Grenoble

1961–1963 Promotion an der Universität Köln über europäische Integration („EWG und Freihandelszone“)

AKADEMISCHE LAUFBAHN

1963–1968 Harvard University:

- Research Associate am Center for International Affairs (u. a. Zusammenarbeit mit Henry A. Kissinger)
- Tutor und Lecturer in Government, Social Studies und General Education

1968–1969 Professor für Politikwissenschaft, Johns Hopkins University Bologna

1969–1991 Ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Saarbrücken und Köln

1991–2000 Professor für Politikwissenschaft, Universität Bonn

2003–2015 Direktor des Program on Transatlantic Relations, Weatherhead Center, Harvard University

Seit 2015 Senior Associate am Weatherhead Center, Harvard University

BERUFLICHE UND BERATENDE TÄTIGKEITEN

1973–2003 Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

- Berater für die NATO, die Bundesregierung und internationale Institutionen, u. a. Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Mitglied des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen und Konsultant für die Volkswagen-Stiftung

AUSZEICHNUNGEN: Commander of the British Empire (Großbritannien, 1989); Officier der Légion d'Honneur (Frankreich, 1991); Großes Bundesverdienstkreuz (Deutschland, 1998/2009); Order of Merit 1. Klasse (Polen, 2002); Orden del Mérito Civil (Spanien, 2018)



Einen ausführlichen Lebenslauf und eine Publikationsliste finden Sie hier:

→ <https://scholar.harvard.edu/karlkaiser/german-cv>



Oben: Karl Kaiser und Cathryn Clüver Ashbrook beim Interview, Harvard University, November 2024
Rechts: Thorsten Benner und Karl Kaiser, Berlin, 2023

Above: Cathryn Clüver Ashbrook interviews Karl Kaiser, Harvard University, November 2024
Right: Thorsten Benner and Karl Kaiser, Berlin, 2023



Links: Jim Cooney und Karl Kaiser vor der DGAP, Berlin, 2023



Left: Jim Cooney and Karl Kaiser in front of DGAP, Berlin, 2023



Links: Walther
Leisler Kiep, Karl
Kaiser und Arend
Oetker (v.l.n.r.),
Bonn, 1986

Left (from left to
right): Walther
Leisler Kiep,
Karl Kaiser, and
Arend Oetker,
Bonn, 1986



Oben: Karl Kaiser, Gabriele Brenke und
Helmut Hubel (v.l.n.r.) auf Dienstreise

Above (from left to right): Karl Kaiser,
Gabriele Brenke, and Helmut Hubel
on a business trip

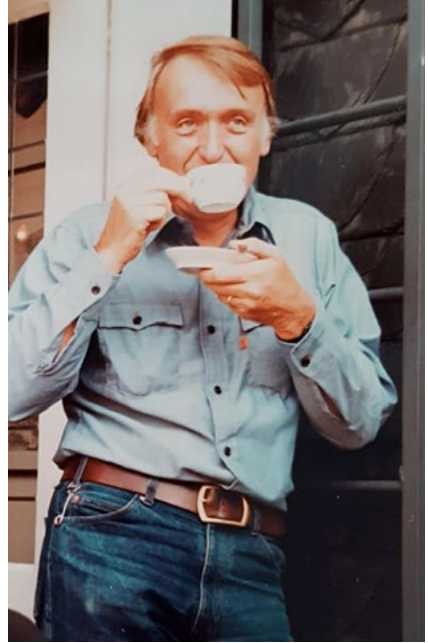


Oben: Beim Empfang zum 60.
Geburtstag 1984 mit Deborah Kaiser
und Verteidigungsminister
Rudolf Scharping
Unten: Mitglieder des Forschungs-
instituts am Bonner DGAP-Sitz

Above: At his 60th birthday recep-
tion in 1984 with Deborah Kaiser and
Defense Minister Rudolf Scharping
Below: Members of the Research
Institute in front of DGAP, Bonn



Rechts: Kaffeepause beim Betriebsausflug, 1988
Unten, v.l.n.r.: John Rielly, Karl Kaiser, Thierry de Montbrial und Cesare Merlini bei der Abschiedskonferenz, 2003



Right: Coffee break during a company outing, 1988
Below (from left to right): John Rielly, Karl Kaiser, Thierry de Montbrial, and Cesare Merlini at the farewell conference, 2003





Oben: Zbigniew Brzeziński, Karl Kaiser, Thierry de Montbrial und Eduardo Frei Montalva (v.l.n.r.)
Links: Demonstration der in den Fachinformationsverbund eingegliederten Datenterminals der Dokumentationsstelle, 1987



Above (from left to right): Zbigniew Brzeziński, Karl Kaiser, Thierry de Montbrial, and Eduardo Frei Montalva
Left: Demonstration of the data terminal in DGAP's Documentation Center that is linked to the German Information Network for International Relations and Area Studies, 1987

Rechts: Karl Kaiser und Außenminister Klaus Kinkel bei der Vorstellung des ersten Bandes „Deutschlands neue Außenpolitik“, 1994

Right: Karl Kaiser and Foreign Minister Klaus Kinkel at the presentation of the first volume of *Germany's New Foreign Policy*, 1994



Oben: Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, Botschafter Immo Stabreit und Karl Kaiser

Above: Former Chancellor Helmut Schmidt, Ambassador Immo Stabreit, and Karl Kaiser